

Zeitschrift: Verhandlungen des Grossen Rathes der Republik Bern
Herausgeber: Grosser Rat des Kantons Bern
Band: - (1846)

Rubrik: Dritte ausserordentliche Wintersitzung 1846

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Dritte außerordentliche Winter Sitzung 1846.

(Nicht offiziell.)

Kreisschreiben

an

sämmliche Mitglieder des Großen Rathes.

Tit.

Am 20. dieses Monats hat Herr Schultheiß Neuhaus, Namens der neun Mitglieder des Regierungsrathes, welche die bekannte Erklärung vom 27. Jenner unterzeichnet haben, im Schooße des Großen Rathes eine mündliche Erklärung abgegeben.

Hierauf wurde vom Großen Rathe nach einläßlicher Erörterung beschlossen:

- 1) die gegebene Erklärung sei nicht befriedigend;
- 2) die bereits niedergesetzte Kommission sei angewiesen, zu untersuchen, was in dieser Angelegenheit nun weiter zu verfügen sei, und hierüber dem Großen Rathe Bericht zu erstatten;
- 3) zu Berathung ihrer Anträge solle der Große Rath auf Mittwoch den 4. Merz bei Eiden einberufen werden.

Diesem Beschlusse gemäß läßt sonach der Herr Landammann sämmtliche Mitglieder des Großen Rathes bei ihrer Eidspflicht auffordern, Mittwoch den 4. Merz nächstkünftig, des Morgens um 10 Uhr, der außerordentlichen Sitzung des Großen Rathes beizuwohnen.

Mit Hochachtung!

Bern, den 24. Hornung 1846.

Aus Auftrag des HgHrn. Landammanns:

Der Staatschreiber,

Hänerwadel.

Mittwoch den 4. Merz 1846.

(Morgens um 10 Uhr.)

Präsident: Herr Landammann Pequignot.

Der Namensaufruf zeigt 48 Abwesende, wovon 12 ohne Entschuldigung.

Herr Landammann. Tit., indem ich um Ihre Nachsicht bitte, da ich sehr leidend bin, erkläre ich die außerordentliche Sitzung des Großen Rathes als eröffnet.

Das Protokoll der letzten Sitzung, dessen Genehmigung dem Tit. Herrn Landammann und dem Tit. Herrn Schultheiß nach bisheriger Uebung zu übertragen, damals vergessen worden, wird nun abgelesen und ohne Bemerkung durch's Handmehr genehmigt.

Folgende Vorstellungen werden als eingelangt angezeigt:

- 1) Beschwerde des Herrn Majors Habegger gegen ein Moderationserkenntniß des Obergerichts;
- 2) Vorstellung mehrerer Handwerker aus den Amtsbezirken Nidau, Erlach und Neuenstadt um Aufstellung einer Gewerbeordnung;
- 3) Vorstellung der Zehntgütergemeinde des Reutibühlzehntbezirks in den Amtsbezirken Thun und Niderrimenthal, um Freisprechung von der Zehntpflicht von 1845;
- 4) Beschwerdeschrift des Johann Desch, von Schwarzenegg, und Jakob Gutmann zu Lühelsflüh gegen eine Verfügung des Regierungsraths;
- 5) Vorstellung des Einwohnergemeinderaths von Reichenbach, Amtsbezirks Frutigen, betreffend die Emdthal-Mühlene-Straßenkorrektur;
- 6) Ein Strafumwandlungsgesuch des Heinrich Rüfli, von Lengnau;
- 7) Vorstellung der Gemeinden Ittigen, Ostermundigen, Muri und Bern, betreffend den Unterhalt der alten Zollstraße;
- 8) Vorstellung der Wählerversammlung von Frutigen, betreffend die Korrektur der Straße von Spiezwyler bis Mühlene.

Verlesen wird eine Zuschrift des Herrn Stockmar, gewesenen Regierungsraths.

Dieselbe ist datirt, Rosières bei Blamont, 1. März, und geht dahin, daß dem Exponenten, einer etwaigen allgemeinen Amnestie unbeschadet, gestattet werde, vor den kompetenten Gerichten zu erscheinen, zum Zwecke der Revision der gegen ihn seit dem 2. April 1840 erlassenen Urtheile in politischen und Preßsachen.

Herr Landammann. In Ihrer letzten Sitzung haben Sie, Tit., beschlossen, sich mit der Erklärung des Herrn Altschultheiß Neuhaus nicht zu befriedigen, den Großen Rath zu Berathung der Anträge einer Kommission außerordentlich und bei Eiden auf heute den 4. März einzuberufen und die Kommission anzuweisen, auf diesen Tag bestimmte Anträge zu bringen. Dieselben werden mir diesen Augenblick zugestellt; zugleich habe ich Briefe der neun betheiligten Herren Regierungsräthe empfangen, die sich entschuldigen, daß sie der heutigen Sitzung nicht beiwohnen. Ich will diese Briefe ablesen lassen.

Es werden demnach verlesen:

- 1) Zuschrift des Herrn Altschultheiß Neuhaus: „Zit. In einer Angelegenheit, wo ich in eine Art Anklagezustand versetzt worden war, hat mich der Große Rath zum Austritt angehalten, und am nämlichen Tage eine Schlussnahme gefasst, ohne mich angehört zu haben. Da ich mithin dem Anfange der Berathung nicht beizuwohnen konnte, so halte ich es meiner Stellung für angemessen, auch der Fortsetzung derselben nicht beizuwohnen.“
- 2) Zuschrift des Herrn Regierungsrath Dähler. Derselbe erklärt einfach, er glaube, der heutigen Sitzung, als dabei persönlich betheiligt, nicht beizuwohnen zu sollen.
- 3) Zuschrift des Herrn Regierungsraths Bigler — gleichen Inhalts.
- 4) Zuschrift des Herrn Regierungsraths Schmalz. Derselbe glaubt, „in Berücksichtigung der in dieser Angelegenheit stattgehabten Vorgänge und des Großrathsreglements“ an der heutigen Verhandlung nicht Theil nehmen zu können.
- 5) Zuschrift des Herrn Regierungsraths Steinbauer. Derselbe glaubt, als persönlich interessiert, an den Verhandlungen um so weniger Theil nehmen zu sollen, „als die neun Unterzeichner bereits zum Austritte genöthigt wurden, ohne angehört worden zu sein, als es sich um die Frage handelte, ob der Anzug der Sechshundfünfzig erheblich sei oder nicht.“
- 6) Zuschrift des Herrn Regierungsraths Jaggi, älter. Er erklärt, daß er, als persönlich betheiligt, heute nicht erscheinen werde, „weil der Große Rath ihn aus der Sitzung gewiesen hatte, ehe in dem nämlichen Geschäfte nur die Erheblichkeit beschlossen war.“
- 7) Zuschrift des Herrn Regierungsraths Leibundgut. Er entschuldigt sein Ausbleiben „aus Gründen, die theils in der Art und Natur des zu beratenden Gegenstandes und theils in den daherrigen Vorgängen liegen.“
- 8) Zuschrift des Herrn Regierungsraths Weber. Derselbe bittet ebenfalls um Entschuldigung seines Ausbleibens „wegen der Natur des zu behandelnden Geschäftes.“
- 9) Zuschrift des Herrn Regierungsraths Bandler — gleichen Inhaltes.

Tagesordnung.

Vortrag der Großrathskommission an den Großen Rath über die Erklärung der neun Herren Regierungsräthe vom 27. Januar 1846.

(In Ermangelung des Originals aus dem „Verfassungsfreunde“ abgedruckt.)

Zit.

Es haben am 20. dieß beschlossen, die Erklärung, welche Herr Altschultheiß Neuhaus auf die an die Mitglieder des Regierungsrathes durch Großrathsbeschluß vom 19. Februar ergangene Aufforderung Namens derselben mündlich abzugeben, sei nicht befriedigend; die bereits niedergelegte Spezialkommission sei angewiesen zu untersuchen und auf den 4. März dem Großen Rathe vorzutragen, was in dieser Sache nun weiter zu verfügen sei.

Die Kommission ist ihrem Auftrage nachgekommen: sie gibt sich die Ehre ihr Gutachten in zwei Meinungen vorzulegen. — Vorerst aber eine Resapitulation der faktischen Momente. —

Am 29. Jan. erschien (datirt vom 27. gl. M.) — unterzeichnet: E. Neuhaus, Altschultheiß, Johann Jaggi, Regierungsrath, Leib und Gut, Regierungsrath, Steinbauer, Regierungsrath, Bandler, Regierungsrath, Schmalz, Regierungsrath, Weber, Regierungsrath, Bigler, Regierungsrath, Jakob Dähler, Regierungsrath — in der politischen Beilage zum Amtsblatt eine Erklärung, worin diese neun Mitglieder des Regierungsrathes die Ueberzeugung aussprechen, die Aufstellung eines Verfassungsrathes, bevor der Art. 96 der Verfassung abgeändert, wäre eine Verfassungsverletzung, zu welcher sie nie Hand bieten werden.

Am 1. Februar erfolgte die Abstimmung in den Urversammlungen über die Beschlüsse des Großen Rathes vom 15. Januar 1846, und 26,320 gegen 11,533 Staatsbürger erklärten sich mit demselben nicht zufrieden. Am 12. Februar dekretirte der Große Rath die Aufstellung eines Verfassungsrathes zur

Revision der Verfassung, ohne hiefür zuvor den Art. 96 zu revidiren.

Nach der am 27. Januar ausgesprochenen Ueberzeugung der neun Herren Regierungsräthe war sonach der Verfassungsbruch vollbracht.

Diese Berathung rief am 13. Februar eine Eingabe hervor, worin 61 Mitglieder des Großen Rathes erklärten: ihre gerechte Besorgniß, daß eine Regierung wenig geeignet sein dürfte, einem Verfassungsrathe den unumgänglich erforderlichen Schuß, Handbietetung und Unterstützung zu gewähren, die in ihrer Mehrheit gegen einen solchen ihre Abneigung öffentlich ausgesprochen habe und ihm seine rechtliche Grundlage nicht zugestehen wolle, könne nur durch eine sofortige beruhigende Erklärung der betreffenden Regierungsmitglieder gehoben werden.

Diese Erklärung erfolgte nicht. Da stellten 56 Mitglieder des Großen Rathes in einem Anzuge vom 17. Februar den Antrag: „Es möchte der Große Rath die regierungsräthliche Mehrheit der bekannten neun Mitglieder, von welchen die Erklärung vom 27. Januar erlassen worden, auffordern, entgegen ihrer drohenden Stellung sofort im Einklange mit den Großrathsbeschlüssen vom 12. und 13. Februar 1846 zu Hebung der waltenden Besorgnisse und zur Beruhigung der Bevölkerung in allen Landestheilen eine offene und unumwundene Gegenerklärung dem Großen Rathe einzureichen.“

Dieser Anzug ward am 19. Februar erheblich erklärt und sofort einer ad hoc niedergelegten Spezialkommission zur Begutachtung überwiesen. Sie rapportirte nach Verfluß einiger Stunden, und der Große Rath, in Genehmigung ihres Antrages, mit einiger Abweichung in Bezug auf die Frist, erließ an die neun betreffenden Regierungsräthe die Aufforderung, bis Freitag den 20. Februar, um 8 Uhr Morgens, in beliebiger Weise eine beruhigende Erklärung abzugeben, daß sie Hand bieten werden zu Vollziehung des Großrathsdekrets vom 12. Februar, wodurch die Revision der Verfassung einem Verfassungsrathe übertragen worden.

Am 20. Februar nach eröffneter Sitzung ergriff Herr Altschultheiß Neuhaus im Namen der Neun das Wort und gab, nachdem er die Motive ihrer Handlungsweise gegenüber der Eingabe der 61 Großräthe vom 13. Februar und dem Anzuge der Sechshundfünfzig vom 18. entwickelte, folgende Schlusserklärung ab: „Sie haben von uns eine Erklärung verlangt; wir erwidern: der Große Rath hat uns gewählt, er wußte, wen er wählte. Seit Jahren — die einen seit längerer, die andern seit kürzerer Zeit — haben wir dem Vaterlande gedient. Unsere Leistungen, so wie unser Charakter und unsere Gesinnungen sind allgemein bekannt. Der Große Rath selbst muß wissen, was er bis jetzt von uns erhalten hat, und was er für die Zukunft von uns erwarten kann; er soll wissen, ob wir geheime Hochverräther sind oder pflichtvergeßene Beamte. Dieses mag er beurtheilen. Mit einem Wort: er soll uns kennen. Dieses Zit., ist die Erklärung, die ich Ihnen abgeben kann.“

Der Große Rath fand diese Erklärung nicht befriedigend, und beauftragte seine Spezialkommission zu begutachten, was nun weiter in der Sache zu verfügen sei?

Die Kommission schickte sich an, diesem Auftrage nachzukommen, als sie vom Herrn Landammann benachrichtigt wurde, daß er es nicht in seiner Stellung erachtet habe, diesen Beschluß auch den neun Betheiligten zu eröffnen. Sie glaubte nun, dieses von ihr aus thun zu sollen, mit dem Bemerken an jeden der neun Regierungsräthe, daß die Kommission gewärtige, ob er sich durch die fragliche Mittheilung zu irgend einer weiteren Erklärung oder Rückäußerung veranlaßt finden werde. Herr Altschultheiß Neuhaus hat dieselbe durch eine einfache Verneinung erwidert, und eine Zuschrift der acht übrigen Regierungsräthe bringt ebenfalls keine weitere einläßliche Erklärung. Unter diesen Umständen legt Ihnen, Zit., demnach die Kommission, wie gesagt, ihr Gutachten in folgenden zwei Meinungen vor:

Die Majorität glaubt, es sei zunächst in keiner Weise mehr der Fall, weder in eine Begründung noch auch nur in eine Erörterung der Erklärung vom 13. und des Anzuges vom 17. Februar einzutreten. Der Standpunkt, auf welchem die Angelegenheit dormalen sich befindet, ist der Großrathsbeschluß vom 20. Februar; er soll allem Fernern als Basis dienen. Die

neun Herren Regierungsräthe waren durch den Großen Rath aufgefordert eine beruhigende Erklärung abzugeben, daß sie Hand bieten werden zu Vollziehung des Dekrets vom 12. Februar über Aufstellung eines Verfassungsrathes zu Revision der Verfassung, und die von ihnen abgegebene Erklärung ist nicht befriedigend erfunden worden; sie konnte nach der Ueberzeugung der Majorität nicht befriedigend erfunden werden, weil sie in Wahrheit keine Erklärung enthält auf den bestimmten Wortlaut der vom Großen Rathe an die Neun ergangenen Aufforderung vom 19. Februar, sondern darüber — wohl absichtlich — mit Schweigen hinweggeht, was einer indirekten Weigerung, sich zu erklären, gleichkommt. Die Befkräftigung dieser Ansicht findet die Majorität der Kommission in den Worten, welche Herr Altschultbeiß Neubaus seinem Schlusse hat vorangehen lassen, Worte, die sich bloß um zwei Punkte drehen, um die Vergliederung der nicht mehr in Frage gestandenen Eingabe vom 13. und des Anzuges vom 17. Februar, und um die Bestreitung der formellen Legalität des Großrathsbeschlusses vom 20. Februar; wir finden sie aber ganz besonders in folgender Stelle (Großrathsverhandlungen No. 21. pg. 2). „Warum sollen wir unsere Erklärung nicht festhalten? Die 61 scheinen die Absicht gehabt zu haben, wir werden unsere Erklärung vom 27. Januar verläugnen, sie fallen lassen und desavouiren, mithin uns hier eine Demüthigung gefallen lassen. Wenn sie diese Absicht hatten, so wird ihr Zweck nicht erreicht sein“. Das und nicht ihre Schlusserklärung ist die eigentliche Antwort der Neun auf die Anfrage des Großen Rathes; sie halten fest an der unterm 27. Januar ausgesprochenen Ansicht, daß die Aufstellung eines Verfassungsrathes ein Verfassungsbruch sei!

Wie, fragen wir nun, können sie diese, wie es scheint unabänderliche, Ansicht mit ihrer amtlichen Stellung, mit ihrem geschwornen Eide in Einklang bringen? Wir sehen es als unmöglich an, unmöglich vor allem deshalb, weil wir die neun Herren Regierungsräthe für Ehrenmänner halten, die mit ihrem Eide nicht kapituliren, sondern unter allen Umständen demselben nachzukommen entschlossen sind. Nun verpflichtet sie dieser Eid zu Handhabung der Verfassung, sonach implicite zu Bekämpfung jeder Verfassungsverletzung durch sämtliche ihnen zu Gebote stehenden Mittel. In dieser Stellung erscheinen sie gegenüber dem Verfassungsrathe, gegenüber dem Großen Rathe, der ihn aufgestellt, gegenüber den 26,320 Stimmen vom 1. Februar, welche diese Behörde dazu bestimmt haben, in einer Stellung also des direktesten Widerspruches, der ihnen eidlich aufs Gewissen gebundenen Opposition. Die Gravität des Falls erhöht der Umstand, daß die Neun zugleich die absolute Mehrheit der Regierungsbehörde bilden. Die Fortdauer eines solchen Verhältnisses erschien uns (der Mehrheit) als ein förmlicher konstitutioneller Kriegszustand. Es muß also gelöst werden dieses Verhältniß und zwar so rasch als möglich, wenn nicht die höchsten Interessen des Staates gefährdet werden sollen, und die heute noch mögliche Lösung derselben erblicken wir einzig in der Anwendung des Art. 20 der Verfassung. Wir schlagen ihnen demnach unmaßgeblich folgende neue Beschlüsse zur Genehmigung vor:

„Der Große Rath der Republik Bern,

in Betrachtung, daß am 27. Januar lehtthin Herr Altschultbeiß Neubaus (Herr Regierungsrath) nebst acht andern Mitgliedern des Regierungsrathes öffentlich und mit Namensunterschrift unter beigefügter Bezeichnung seines amtlichen Charakters erklärt hat, die Aufstellung eines Verfassungsrathes zur Revision der Verfassung sei eine Verletzung derselben, wozu er nie die Hand bieten werde;

daß auf das Resultat der Abstimmung über die Frage, welche den Uebersammlungen am 1. Februar zum Entscheide vorgelegt worden, der Große Rath am 12. des nämlichen Monats gleichwohl beschlossen hat, zum Zwecke der Verfassungsrevision einen Verfassungsrath aufzustellen;

daß sodann auf einen Anzug vom 17. Februar Herr Regierungsrath nebst den Unterzeichnern der Erklärung vom 27. Januar durch Großrathsbeschluß vom 19. Februar aufgefordert worden, eine beruhigende Erklärung abzugeben, daß er zur Vollziehung des Dekrets vom 12. Februar die Hand bieten werde;

daß Herr Regierungsrath innert der festgesetzten Frist eine solche Erklärung nicht abgegeben, dagegen Herr Altschultbeiß Neubaus am 20. Februar im Großen Rathe Namens der neun Herren Regierungsräthe sich bestimmt ausgesprochen hat, daß dieselben an ihrer Erklärung vom 27. Januar festhalten,

daß unter solchen Umständen der Große Rath, je höher er die Verfassungstreue des Herrn Regierungsrathes anschlägt, desto zuversichtlicher annehmen muß, er könne seinem geschwornen Eide gemäß zu Vollziehung des Dekrets vom 12. und 13. Februar, welches er noch jetzt als eine Verfassungsverletzung ansieht, nie die Hand bieten;

daß hierdurch zwischen der amtlichen Stellung des Herrn Regierungsrathes und den positiven Beschlüssen des Gr. Rathes ein Widerspruch eingetreten ist, dessen Fortdauer die höchsten Interessen des Staats gefährden würden, in Anwendung des Art. 20 der Verfassung

b e s c h l i e ß t :

H. H. Altschultbeiß Neubaus (Herr Regierungsrath Steinbauer, Regierungsrath Weber, Regierungsrath Leibundgut, Regierungsrath Bigler, Regierungsrath Johann Jaggi, Regierungsrath Schmalz, Regierungsrath Bandelier, Regierungsrath Dähler) ist von der Stelle eines Mitgliedes des Regierungsrathes abberufen.“

Die Minorität der Kommission hat sich bereits im Großen Rathe, gegenüber dem gesammten Publikum, so wie an anderer Stelle gegenüber den Bertheiligten offen ausgesprochen, daß sie weder ihre Erklärung vom 27. Januar, noch ihr seitheriges Verhalten in dem dadurch provocirten Konflikte billigen könne. Sie glaubt jedoch, diesem, wie jener nicht ein solches Gewicht beilegen zu sollen, daß sie annehmen könnte, der Große Rath sei dadurch in die Stellung gekommen, als Gerichtshof aufzutreten. Sie glaubt, es thue Noth unter den gegenwärtigen Umständen, einerseits gegenseitige Nachsicht und andererseits Berücksichtigung des wahren Staatswohls eintreten zu lassen, und die bisherige ehrenwerthe amtliche Wirksamkeit der neun Herren Regierungsräthe scheint ihr Bürgschaft zu geben, daß von ihrer Erklärung vom 27. Januar keine nachtheilige Einwirkung auf ihre fernere Amtspflichterfüllung zu besorgen ist. Eine Abberufung von neun Mitgliedern, also der Mehrheit der obersten Vollziehungsbehörde, würde dormalen, das kann man sich kaum verhehlen, ein großes und für Ruhe und geregelte Ordnung wohl jedenfalls nicht günstiges Aufsehen erregen; denn in welchen Zeitpunkt fiel sie? In einen Zeitpunkt, wo die gesammte Staatsadministration, wenn nicht rechtlich, doch faktisch, bereits einem Provisorium unterliegt, wo deshalb die Lage der Regierung aus Gründen, die des Nachweisens nicht bedürfen, schwierig genug ist, wo Bürgerpflicht dringend zur Einigung ermahnt, damit der Verfassungsrath das Revisionswerk und in Folge dessen den Uebergang zu einer neuen Gestaltung des Gemeinwesens möglichst zu fördern im Stande sei.

Eine Abberufung der Neun würde die Spaltung gerade mehr und zudem vor der Hand die obern Behörden desorganisiren. Allen diesen Umständen vorzubeugen, schlägt die Minorität der Kommission, bestimmt durch Rücksichten des Staatswohles, eine Ausgleichung des waltenden Konflikts zwischen dem Großen Rathe und der Mehrheit des Regierungsrathes vor, welche ihres Erachtens Jedermann sollte befriedigen können, und die sie in folgendem Beschlusseentwurf zusammengefaßt hat:

„Der Große Rath der Republik Bern spricht sein Bedauern darüber aus, daß durch die bekannte Erklärung von neun Mitgliedern des Regierungsrathes d. d. 2. Januar 1846 Anlaß zu Mißverständnissen und Mißtrauen gegeben worden,

findet sich jedoch in Ermägung der Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und einer geregelten Verwaltung im Kanton Bern und im Vertrauen auf die biedere und vaterländische Gesinnung der neun Herren Regierungsräthe nicht zu weiteren Maßregeln veranlaßt.

Der Große Rath empfiehlt dem Regierungsrathe während der bevorstehenden Verwaltungszeit bis zur allfälligen Einführung einer neuen Verfassung eine kräftige Handhabung der

Gefetze, ohne die in aufgeregten Zeiten nothwendige Vorsicht aus den Augen zu lassen.

Namens der Großrathskommission:

Der Präsident:
Ochsenbein.

Den 3. März 1846.

Der Rathschreiber:
M. von Stürler.

Als auf diesen Gegenstand bezüglich werden folgende vier Vorstellungen abgelesen:

1) Von der Volksversammlung des Wahlkreises Thierachern, datirt den 2. März, dahin gehend, es möchte der Große Rath beschließen:

„daß diejenigen neun Herren Regierungsräthe, die in der bekannten Proklamation vom 27. Januar abhin sich gegen die Konstituierung eines Verfassungsrathes ausgesprochen haben, wegen dieser Reklamation abzuverufen seien, wenn sie nicht noch vorher dem Großen Rathe eine genügende Erklärung abgeben würden.“

2) Von der Wahlversammlung von Steig bei Interlaken, datirt den 2. März, den Schluß enthaltend:

„Der Große Rath möchte als Repräsentant des Volkes seine Stellung gegenüber jenen Neun, um deretwillen er sich versammelt habe, nachdrücklichst wahren und sofort zu geeigneten energischen Maßregeln schreiten.“

3) Von den am 2. März in Frutigen versammelten stimmfähigen Bürgern dieses Amtes, dahin schließend, daß der Große Rath die neun Regierungsräthe, „welche das Vertrauen des Großen Rathes und des bernischen Volkes nicht mehr genießen und verdienen,“ von ihren Stellen abberufen möchte.

4) Von der Wahlversammlung des Wahlkreises Péry, datirt den 2. März.

Diese Vorstellung schließt dahin, der Große Rath möchte, — in Betrachtung, daß die Erklärung vom 27. Januar nur als Privataußerung anzusehen, und daß die bisherigen Besorgnisse rein eingebildete (purement chimériques) seien u. s. w. — in Betrachtung ferner, daß jede Aenderung der Personen des Regierungsrathes und die Aufstellung einer provisorischen Regierung große Unordnung in allen Zweigen der Staatsverwaltung nach sich ziehen würde, — die von den Neun gegebenen Erläuterungen als genügend erklären.

Gleichzeitig erklären diese Exponenten im Besondern, unter Bezugnahme auf den Charakter und die dem Staate geleisteten Dienste des Herrn Altschultheißens Neuhaus, sich mit dem Gedanken einer Absetzung desselben nicht befreunden zu können.

Herr Landammann. Dieses, Zit., sind die Aktenstücke, welche mir bezüglich auf diesen Gegenstand zugestellt wurden; der Herr Berichterstatter sagt mir aber, er habe noch andere. Ich will nun denselben ersuchen, seinen mündlichen Rapport erstatten zu wollen.

Ochsenbein, als Berichterstatter. Erlauben Sie mir, Zit., daß ich vor Allem aus den Standpunkt bezeichne, welchen die Kommission einnehmen zu sollen geglaubt hat. Am 20. Februar haben Sie beschlossen, die am nämlichen Tage mündlich gegebene Erklärung der neun Herren Regierungsräthe sei nicht genügend; in Folge dessen wurde die Kommission beauftragt, weitere Anträge zu bringen. Dieser Beschluß war also für die Kommission normgebend, und sie glaubte, alle weiteren Anträge nur auf denselben basiren zu sollen. Daher abstrahirte sie von Allem, was sich früher hier zugetragen hatte, und namentlich glaubte sie, nicht auf die Philippika des Herrn Altschultheißens Neuhaus eintreten zu sollen, weder bezüglich auf die Erklärung der Einundsechszig, noch auf den Anzug der Sechsfundfünfzig, noch endlich in Bezug auf diese Philippika selbst; sie glaubte, dieses um so mehr unterlassen zu sollen, um von vorne herein jede Animosität abzuschneiden und das Geschäft auf denjenigen Standpunkt zu stellen, wo es stehen soll. In faktischer Beziehung hat die Kommission dem Berichte, welcher das Thatsächliche vollständig in sich schließt, nur Weniges beizufügen. Der Zit. Herr Landammann hatte der Kommission

ein Schreiben vom 25. Februar 1846 zugehen lassen, worin er ihr Kenntniß gibt, daß er den Beschluß des Großen Rathes vom 20. Februar den neun Regierungsräthen nicht amtlich eröffnet habe, weil ihm daorts kein Auftrag erteilt worden sei, beifügend, er überlasse es der Kommission, gutfindenden Falles das Weitere anzuordnen. Hierauf versammelte sich die Kommission sofort am 28. und beschloß, um Zeit zu gewinnen, wolle sie die Eröffnung jenes Beschlusses an die Neun in Folge dieser erhaltenen Vollmacht selbst vollziehen. Dieses geschah vermittelt eines Schreibens an jedes einzelne Mitglied der Neun; zugleich fügte man bei, daß Diejenigen, welche allfällige Eröffnungen zu machen hätten, dieselben bis gestern Mittags 12 Uhr einzugeben haben. Auf Dieses bin langten zwei Schreiben ein, das Eine von E. Neuhaus, Altschultheiß, das Andere von den acht übrigen Regierungsräthen zusammen. Ich will Ihnen, Zit., von diesen beiden Schreiben Kenntniß geben. Das Schreiben des Herrn Neuhaus lautet:

„Zit.!

Mit Ihrem Schreiben vom 28. v. Mon. geben Sie mir Kenntniß vom Beschlusse des Großen Rathes vom 20. Februar, es sei die Erklärung, welche ich an diesem Tage im Namen der neun Regierungsräthe abgegeben habe, nicht befriedigend, und gewärtigen zugleich, ob ich irgend eine weitere Erklärung abzugeben oder Ihnen irgend eine Rückäußerung zukommen zu lassen habe.

In höflicher Erwiderung auf Ihr Schreiben zeige ich Ihnen, Zit., hiermit einfach an, daß ich der Großrathskommission keine weitere Erklärung zu machen habe.

Mit Hochachtung,

E. Neuhaus.“

Bern, 2. März 1846.

Das Schreiben der acht übrigen Regierungsräthe lautet:

„Zit.!

Durch Schreiben vom 28. Hornung leßthin eröffnen Sie uns amtlich den Beschluß des Großen Rathes vom 20. gleichen Monats, wonach die Erklärung, welche Herr Altschultheiß Neuhaus in unserm Namen abgegeben habe, als nicht befriedigend erfunden worden sei, und gewärtigen eine etwaige weitere Erklärung oder Rückäußerung.

Indem wir uns auf jene Erklärung berufen, protestiren wir noch jezt gegen die Deutung, welche unserer Erklärung vom 27. Januar leßthin unterstellt worden ist, und gegen das wider uns eingeleitete Verfahren.

Wir haben, eingedenk unserer Pflicht und des von uns beschwornen Eides, unaufgefordert zu Vollziehung der Großrathsbeschlüsse mitgewirkt und keinen Anlaß gegeben, woraus gerechtes Mißtrauen geschöpft werden könnte. Wir sehen daher dem Entscheide der obersten Landesbehörde im Bewußtsein treuer Pflichterfüllung ruhig entgegen und verharren mit Hochachtung!

Bern, am 3. März 1846, Vormittags.

J. St. Schmalz, RKath.	Bandelier, RKath.
Johann Jaggi, RKath.	J. Dähler, RKath.
Leibundgut, RKath.	J. Weber, RKath.
J. R. Steinbauer, RKath.	Bigler, RKath.“

Bei der Kommission entstand hierauf die Frage, ob diese beiden Schreiben irgendwie geeignet seien, abändernd auf den Beschluß des Großen Rathes einzuwirken. Dieß wäre der Fall gewesen, wenn diese Schreiben irgend eine Erklärung enthalten hätten, die Demjenigen entsprach, was der Große Rath verlangt hatte. Die Kommission untersuchte daher, ob irgend eine solche Erklärung darin enthalten sei, ob diese Herren unumwunden und offen erklären, daß sie in Abänderung ihrer frühern Erklärung zu Vollziehung des Dekretes vom 15. Februar Hand bieten werden oder nicht. Bezüglich nun auf das Schreiben des Herrn Neuhaus war sie nun sehr bald einig, daß dasselbe keine weitere Erklärung enthalte, und daß bezüglich auf seine Person der Standpunkt vom 20. Februar auf keine Weise sich verändert habe. Diese Ansicht ist wohl die richtige. Das andere Schreiben enthält einfach eine Bestätigung der Erklärung vom 27. Januar und eine Protestation gegen das gegen die Betreffenden eingeleitete Verfahren; im

Weitern behaupten sie, sie hätten seither zur Vollziehung der Beschlüsse des Großen Rathes über Aufstellung des Verfassungsrathes mitgewirkt. Die Kommission fand einerseits, die Bestätigung der Erklärung vom 27. Januar durch dieses Schreiben enthalte deutlich genug die Manifestation, daß sie davon auf keine Weise zurückkommen wollen, anderseits fand die Kommission, die Behauptung, daß die Neun seither zur Vollziehung jener Beschlüsse über Aufstellung des Verfassungsrathes mitgewirkt haben, können auf keine Weise für wahr angenommen werden. Die Verhandlungen des Regierungsrathes sind bekanntlich nicht öffentlich, es wird auch im Protokoll nicht angemerkt, welche Personen zu etwas stimmen oder nicht stimmen; also könne keine Gewißheit walten, inwiefern die Neun wirklich zur Vollziehung jener Beschlüsse mitgewirkt haben, und überhaupt sei das Schreiben nicht geeignet, irgendwie den Standpunkt des Geschäftes vom 20. Februar leztthin abzuändern. Wenn nun dieß richtig ist, so kann es sich einfach nur fragen, auf welchem Standpunkte der Große Rath nunmehr heute stehe. Die Kommission glaubte, es sei durchaus nicht der Fall, wiederum auf die Erklärung der Einundsechzig zurückzukommen; dieser Erklärung ist nämlich in dem Sinne Folge gegeben worden, daß später 56 Mitglieder einen förmlichen Anzug gestellt haben, und dadurch, daß dieser Anzug erheblich erklärt wurde, ist derselbe gleichzeitig mit der frühern Erklärung beseitigt worden. Also haben wir heute nicht zu untersuchen, ob der Anzug begründet war oder nicht, und die Kommission glaubte auch, es sei nicht zu untersuchen, ob die Erklärung der Neun vom 20. Februar befriedigend sei oder nicht; denn dieses sei ebenfalls ausgemacht, indem der Große Rath bereits beschlossen habe, sie sei nicht befriedigend, es könne sich also nur noch fragen, da dem Großen Rathesbeschlusse, wonach erkannt wurde, daß die Betreffenden sich zu erklären haben, keine Folge gegeben wurde, was nun weiter zu thun sei. Die Beantwortung dieser Frage hängt von der Beantwortung der Frage ab: Wer steht höher, der Große Rath oder die Neun? Denn wenn der Große Rath höher steht, wenn der Große Rath Beschlüsse fassen kann, die von Andern zu respektiren sind, so haben sich die Betreffenden diesen Beschlüssen zu fügen. Ist die Sache aber umgekehrt, so ist auch der Schluß umgekehrt. Stehen die Neun höher, als der Große Rath, so können sie ganz einfach gegen Dasjenige, was der Große Rath beschlossen hat, protestiren, sich darüber wegsetzen. Das haben nun die Neun allerdings gethan, sie haben sich dem Beschlusse des Großen Rathes nicht gefügt, sie sind ihm nicht nachgekommen, sie haben keine Erklärung von sich gestellt; also fragt es sich einfach: Was weiter? Die Kommission glaubt, es unterliege keinem Zweifel, daß der Große Rath über den Neun stehe, daß mithin die Ehre des Großen Rathes gebiete, seinen Beschlüssen Vollziehung zu verschaffen gegenüber dem von den Neun beobachteten Verfahren. In diesem Sinne hat die Kommission die Sache aufgefaßt, und in diesem Sinne hat sie in ihrer Mehrheit sich verpflichtet gehalten, einen entsprechenden Antrag zu stellen, und zwar hält sie dafür, es sei nun, da die Neun auf ihrer Weigerung beharren, kein anderes Mittel mehr möglich, als in Betreff ihrer Renitenz dieselben von ihren Stellen abzuberufen. Dieses, Zit., ist der Mehrheitsantrag; vier Mitglieder der Kommission haben dazu gestimmt. Ein Mitglied dagegen glaubte, es sei ein Ausweg möglich; auch dieses fünfte Mitglied hielt zwar dafür, die Erklärung vom 27. Januar und auch die seitherige Handlungsweise der Neun sei keineswegs zu billigen, und der Große Rath solle darüber sein Bedauern aussprechen; allein auf der andern Seite liege es im Interesse des Vaterlandes, der Sache nicht weitere Folge zu geben, und der Große Rath solle beschließen, die Sache auf sich beruhen zu lassen, zugleich aber dem Regierungsrathe den Auftrag geben, die Gesetze pünktlich zu vollziehen. Das ist, Zit., was ich dem schriftlichen Rapport ergänzend beifügen zu sollen glaubte. Es wird sich nun vor Allem aus fragen, ob man auf irgend eine Weise in den Gegenstand eintreten wolle. Als Präsident der Kommission trage ich darauf an, einzutreten und zwar sofort.

Herr Landammann. Zit., Sie haben die mündliche Ergänzung gehört; der Herr Berichterstatter spricht darin von einem Briefe, den ich der Kommission habe zugeben lassen.

Ich verlange, daß derselbe abgelesen werde, eben so gut, wie die andern Aktenstücke abgelesen worden sind.

Dieser Brief wird nunmehr verlesen; er lautet:

An Herrn Großrath Ochsenbein, Präsident der großrathlichen Spezialkommission.

Zit.!

Durch die Zuschrift, welche vorgestern an die großrathliche Spezialkommission abgegangen ist, sowie durch das am 24. dieß Monats an die Mitglieder des Großen Rathes erlassene Einberufungsschreiben wurde der Beschluß des Großen Rathes vom 20. Februar, betreffend die Erklärung der neun Regierungsräthe, so weit seine Vollziehung zur Stunde möglich ist und von mir abhängt, vollzogen. Da der Große Rath mir eine amtliche Mittheilung des Beschlusses an die neun Regierungsräthe nicht auftrug, und da die Angelegenheit noch keineswegs erledigt, vielmehr erst noch bei der Kommission des Großen Rathes anhängig gemacht ist, so glaubte ich, mich einer besondern Eröffnung jener Schlußnahme vom 20. an die neun Mitglieder des Regierungsrathes enthalten zu sollen. Dagegen wollte ich nicht ermanqeln, die Kommission andurch von meinem Verfahren in Kenntniß zu setzen, ihr überlassend, in dieser Beziehung Dasjenige vorzulegen, was ihr den Umständen angemessen erscheinen mag. Indem ich Sie, Zit., höflichst ersuche, diese Zuschrift der erwähnten Kommission vorlegen zu wollen, habe ich die Ehre, mit besonderer Hochschätzung zu verharren.

Bern, 25. Februar 1846.

Der Landammann:
Kr. Pequignot.

Herr Landammann. Die allgemeine Umfrage ist nun eröffnet; zunächst will ich die übrigen Mitglieder der Kommission fragen, ob sie etwas anzubringen haben.

von Tillier, Regierungsrath. Da es einstweilen sich nur um das Eintreten handelt, so hat die Minderheit nichts zu bemerken.

Kobler, gewesener Regierungskathhalter. Die Eintretensfrage und die Sache selbst sollen in der nämlichen Umfrage behandelt werden; der Gegenstand ist nicht zusammengefügter Natur, und wir wollen nicht die Diskussion unnöthiger Weise verlängern.

Herr Landammann. Der Herr Berichterstatter hat selbst darauf angetragen, eine Umfrage über das Eintreten zu eröffnen.

Ochsenbein, als Berichterstatter. Ich sagte, es sei vor Allem aus darum zu thun, zu erörtern, ob man auf irgend eine Weise eintreten solle, oder nicht; natürlich aber muß nur Eine Umfrage stattfinden.

Steiner. Es scheint mir doch allerdings der Fall zu sein, daß eine besondere Berathung stattände darüber, ob man eintreten wolle, oder nicht; es liegen ja zwei verschiedene Anträge vor, also muß über jeden Gegenstand eine besondere Berathung gestattet werden.

Funk, Obergerichtspräsident. Auch wenn nur Eine Umfrage stattfindet, so wird dadurch der Abstimmung nicht im Mindesten vorzegriffen u. s. w. (Der Redner setzt dieß, gestützt auf das Reglement und dessen bisherige Anwendung, ausführlich auseinander und stimmt wie Herr Altregierungskathhalter Kobler.)

Auf Verlangen werden die §. 36 und 37 des Reglements über diesen Gegenstand verlesen.

Steiner. Sofern über den Majoritäts- und den Minoritätsantrag dann besonders abgestimmt wird, habe ich nichts dagegen.

Der Herr Landammann eröffnet nun die Umfrage sowohl über das Eintreten, als über den Gegenstand selbst.

Stettler. Ueber die Sache selbst will ich nicht eintreten, meine Ansicht darüber kennt man noch von der frühern Sitzung

her; aber ich bin so frei, auf einige Prinzipien aufmerksam zu machen, welche besonders die Stellung des Großen Rathes heute und am 20. Februar aufklären sollen. Die Grundlage und Veranlassung dieses ganzen sehr bedauernswerthen Vorfalles ist bekanntlich der Anzug der 56 Mitglieder. Die Verfassung von 1831 sagt nun in Bezug auf die Anzüge oder Anträge: „§. 52. Jedes Glied des Großen Rathes hat das Recht, schriftlich den Antrag zur Berathung eines Gegenstandes zu machen u. s. w. Die Anträge eines einzelnen Gliedes müssen, nach der Anerkennung ihrer Erheblichkeit, zur Vorberathung an den Regierungsrath gewiesen werden.“ Also spricht die Verfassung von Anträgen eines einzelnen Gliedes. Hieraus sieht man, daß sowohl die Verfassung als das Großenrathesreglement im Auge hatten, daß jeder Anzug oder Antrag nur je von einem Einzelnen gestellt, und daß dann vom Großen Rathe über die Erheblichkeit eines solchen Antrages berathen und entschieden werde. Bekanntlich aber hat es sich nach und nach in der Uebung ergeben, daß ein Anzug nicht immer nur von einem einzelnen Mitgliede gestellt wurde, sondern von mehreren Mitgliedern zusammen. Die Verfassung verbietet das nicht ausdrücklich, das Reglement auch nicht; aber eine solche Ausartung hat wahrhaftig weder der Verfassungsrath noch der Gesetzgeber vorausgesehen, nämlich daß ein Anzug gestellt werde von einer ganzen Majorität dieser Versammlung, die dann über die Erheblichkeit ihres eigenen Anzuges entscheidet. Ein solcher Mißbrauch kann nur eintreten beim Bestehen von Clubs und politischen Vereinen. Wenn vorher schon die absolute Majorität der Anwesenden einen Anzug gestellt hat, wie kann dann, wenn es sich um die Erheblichkeit desselben handelt, diese Versammlung unparteiisch und unbefangenen berathen? So, Sit., ist es gegangen am 19. Februar, wo 56 Mitglieder eines bekannten Vereines oder Clubs — — — (Lärm auf der Tribüne. Karlen verlangt, daß der Redner zur Ordnung gewiesen werde. Pfeifen, Ruf: zur Ordnung. Herr Landammann will dem Ordnungsrufe Folge geben) — Ich will das Wort nicht mehr brauchen, Sit. — — — (Karlen, Michel verlangen, daß der Redner das Wort förmlich zurücknehme.) — Nun ja, ich will das Wort zurücknehmen. Am 19. Februar, als die Erheblichkeit des Anzuges berathen wurde, waren die gleichen Personen Ankläger und Richter; die 56 Unterzeichner des Anzuges bildeten die Majorität, denn mit 66 Stimmen wurde der Anzug erheblich erklärt. Also sieht man, daß beim damaligen Beschlusse Ankläger und Richter die gleichen waren. Ein berühmter politischer Schriftsteller, Montesquieu, giebt aber gerade dieses als Zeichen des Despotismus an. Heute nun sind wir eine zahlreichere Versammlung, als am 19. und 20. Februar. Ich glaube, dieß sei gut, und ich hoffe, die heutige Versammlung werde zeigen, daß sie unabhängiger und unparteiischer sei: denn weil sie in größerer Zahl versammelt ist, so kann sie sich als ungebunden und unabhängig von dem frühern Beschlusse betrachten, und kann ja freilich in die Materie selbst eintreten und berücksichtigen, daß am 19. und 20. Februar Ankläger und Richter in den gleichen Personen vereinigt waren, was gewiß als ein trauriger Uebelstand erscheint. Wir haben also heute das Recht, uns über jenen Standpunkt hinwegzusetzen und heute in unabhängiger Stellung zu entscheiden. Dieß quoad formam. Bezüglich auf die Materie selbst behaupte ich nochmals, daß die Erklärung der neun Regierungsräthe vom 27. Januar nichts anderes ist, als eine persönliche und individuelle Ausübung eines jedem Staatsbürger zustehenden Rechtes. Die Neun haben damals ihre Ueberzeugung in Absicht auf die Tagesfrage ausgesprochen. Nun anerkenne ich kein Recht des Großen Rathes, in die Ueberzeugung des Einzelnen einzutreten, und nach meiner innigsten Ueberzeugung hängt an den Neun in Absicht auf jene Erklärung keine Schuld. In erster Linie trage ich also auf Nicht-eintreten und auf Verwerfung der Anträge an; in zweiter Linie stimme ich dann zum zweiten Antrage, obschon ich die Motive desselben, als sei den Neun irgend eine Schuld beizumessen, nicht zugebe.

Manuel. Ich muß vor Allem aus erklären, daß ich in meinem heutigen Votum durchaus den Standpunkt der Majorität vom 12. Februar einnehme. Ich sage dieß darum, weil der Beschluß vom 12. Februar mehr oder weniger mit dieser Frage in Verbindung gebracht wurde, und weil ich mich damals nicht darüber aussprechen konnte. Ich erkläre somit, daß ich die Ansicht der Majorität vom 12. Februar theilen muß, obschon ich unmittelbar nach dem 1. Februar eine Zeit lang mit mir selbst in Zweifel war über die Stellung, welche der Große Rath in Berücksichtigung des §. 96 einnehmen konnte. Indessen habe ich mich später überzeugt, daß allerdings am 12. Februar, nachdem der Volkswille sich auf die gesetzlichste Weise von der Welt maßgebend ausgesprochen hatte, der Große Rath nichts Anderes thun konnte, und daß kein anderes Mittel war, um aus der Krisis herauszutreten, als die Aufstellung eines Verfassungsrathes. Nachdem ich die damaligen Verhandlungen gelesen, mußte ich namentlich die von den Herren Regierungsrath von Toller, Altregierungsrath Wyß und Miay, Vater, entwickelten Gründe theilen. Ich sage dieß bloß als Eingang, damit man nicht glaube, ich votire so, wie ich es thun werde, etwa deshalb, weil ich überhaupt gleicher Ansicht mit den neun Herren Regierungsräthen gewesen sei. Ich erkläre also freimüthig, daß ich zur Majorität vom 12. Februar gehöre, obschon ich an der damaligen Berathung nicht Theil nehmen konnte. Indem ich dieses anerkenne, frage ich: Wer — seit dem 1. Februar, welcher eine neue Epoche im bernischen Staatsleben begründet — widersteht sich denn eigentlich überhaupt sowohl jener Volksabstimmung, als auch den spätern Beschlüssen des Großen Rathes, betreffend die Aufstellung des Verfassungsrathes? Wer befand sich seither in thatsächlicher Opposition gegen jenen Willen oder gegen diese Beschlüsse? Ich finde wahrlich Niemanden; da man aber eine solche Opposition und Widersetzlichkeit in der Erklärung der neun Regierungsräthe vom 27. Januar finden will, so komme ich auf diese Erklärung zurück, und ich muß abbiten, wenn ich, ungeachtet dieselbe einem frühern Stadium der Frage angehört, jetzt dabei etwas verweilen muß, obgleich wir uns heute in einem spätern Stadium der Frage befinden. Ich muß meine Ansicht dahin aussprechen, daß ich allerdings in dieser Erklärung nichts Anderes finden konnte, als eine auf mehr oder minder eindringliche Weise geschehene Einwirkung zur Bezeichnung des Resultates, daß in Bezug auf die Verfassungsfrage der §. 96 der bestehenden Verfassung respektirt werden möchte. Etwas weiteres konnte ich darin nicht finden, und zwar trägt nach meinem Dafürhalten jene Erklärung offenbar den Charakter einer bloßen Privatansicht, mit dem Zwecke allerdings, auch den Einfluß, welchen die zufällige Stellung der Betreffenden ausüben möchte, mit in die Waagschale zu werfen, wie dieß Andere auch und im entgegengesetzten Sinne gethan haben. Darin, daß die neun Mitglieder zufällig die Mehrheit im Regierungsrathe bilden, — darin ferner, daß ihre Erklärung in der politischen Beilage zum Amtsblatte erschienen ist, wo ja noch manches andere nicht Politische und nicht Offizielle erscheint, — darin endlich, daß sie ihren Namen das Prädikat ihres Amtes beifügten, was eigentlich nichts Anderes ist, als eine Unterscheidung von Solchen, die vielleicht den gleichen Namen führen, und was jedenfalls wiederum auch von Andern fast immer geschieht, kann ich keine Merkmale einer offiziellen Erklärung finden, wofür man sie ausgeben will, und ebenso wenig kann ich dem Schlusse jener Erklärung denjenigen Sinn beilegen, welchen man wiederum darin finden will, indem, wenn man wenigstens die gewöhnlichen Interpretationsregeln befolgen will, dadurch, daß Jemand bezüglich auf die Zukunft Besorgnisse ausspricht, derselbe noch keineswegs sagt, er wolle selbst diese Besorgnisse realisiren und die befürchteten schweren Folgen herbeiführen. Was den Styl betrifft, so kann man in dieser Beziehung vielleicht Eint und Anderes kritisiren, und es ist möglich, daß ich, der ich es überhaupt mit Redaktionen etwas genau nehme, Dieses oder Jenes weggelassen hätte; aber ich muß auch erklären, daß namentlich der spätere Anzug der Sechsfünftzig in Bezug auf seine Redaktion auch einiger Kritik unterworfen werden kann. So finde ich darin das Wort „vermessener Trog“. Soll sich dieser Ausdruck auf eine begangene Handlung, auf eine positive Thatfache beziehen, so kann er hier nicht angewendet werden, denn die Neun haben sich keine positive Handlung zu Schulden kommen lassen, welche einen thatsächlichen Trog beurkundet hätte,

und findet man denselben in einem Unterlassungsfaktum, so finde ich diesen Ausdruck gegen Gleichberechtigte im vorliegenden Falle auch nicht am Orte, — denn wir haben da nicht etwa auf der einen Seite den Richter und auf der andern Seite einen Angeklagten, der sich zu antworten weigert, sondern die Anzügler und die neun Regierungsräthe sind Gleichberechtigte. Sodann finde ich „schöne Unterordnung des Volkswillens.“ Dieser Ausdruck ist mir, aufrichtig gestanden, etwas wunderlich vorgekommen; Unterordnung des Volkswillens unter Wen? Wahrscheinlich unter den Privatwillen der Betreffenden. Indessen will ich mich hiebei nicht aufhalten, sondern nur erklären, daß, wenn man überhaupt markten und gegeneinander spitz sein will, man auch am Anzuge etwas aussetzen könnte. Es wurde in der mündlichen Beratung dann mit dem Anzuge in Verbindung gebracht und behauptet, Fakta zwar liegen gegen die Neun keine vor, aber dieselben haben seit dem 1. Februar keine positiven Sympathien für den Verfassungsrath ausgesprochen u. s. w. Ich finde diesen Vorwurf etwas sonderbar. Positive Sympathien hat Jeder für diejenige Ansicht, wozu er sich bekennt; von Jemandem nun, der eine andere Ansicht hat, dennoch positive Sympathien für Etwas zu verlangen, ist eine sonderbare Zumuthung, und ich glaube nicht, daß man deswegen als Feind des Volkes und der Volksfreiheit betrachtet werden könne, wenn man nicht die gleichen positiven Sympathien für Alles dasjenige hat, was vor und seit dem 1. Februar gegangen ist, wie vielleicht Andere. Entweder hätte man Fakta, Handlungen aufweisen müssen, die seit dem 1. Februar geschehen, und die dasjenige, was man in der Erklärung der Neun Schlimmes finden wollte, (was ich aber nie darin gefunden) bestätigt und den Verdacht, den man daraus zu entnehmen behauptete, bekräftigt hätten, oder aber man hätte die Neun einer bloßen persönlichen Ansicht und Meinung wegen in Ruhe lassen sollen. Dadurch, daß von diesen Beiden keines geschah, da man vielmehr den Neun in ihrer Erklärung, Gesinnungen und Absichten insinuirte, deren sie sich nie bewußt waren, und die sie nach meiner Ueberzeugung nie hatten, und da man von ihnen dann eine Retraktion dieser Gesinnungen oder aber eine Retraktion einer Meinung zumuthete, die sie noch haben konnten, wenn sie auch in der Minderheit geblieben, waren die Neun in der That in eine schwierige Lage versetzt, in welcher sie kaum anders als durch Stillschweigen antworten konnten. Vielleicht hätten sie jene Antwort geben können, die am 2. Juni 1793 ein Mitglied des Nationalkonvents gab. Als nämlich an jenem Tage der heftige Sturm gegen zwei und zwanzig Mitglieder losbrach, die man aus dem Konvent haben wollte, machte ein Mitglied des Wohlfahrtsausschusses im Namen desselben den Mittelvorschlag, die bezeichneten Mitglieder sollten sich selbst als Deputirte suspendiren, also implicite sich für schuldig erklären, auf welchen Vorschlag einer jener Zweihundzwanzig ausrief: N'attendez de moi ni suspension ni démission! J'ai vu des victimes oronnées de fleurs conduire à l'autel; le prêtre les immolait, mais il ne les insultait pas. Man muß berücksichtigen, daß man bei Fragen, wo das persönliche Ehrgefühl theilhaftig ist, nie delikate genug verfahren, und sich nie genug an den Platz derjenigen stellen kann, die dabei interessiert sind. Denn es giebt, Zit., eine moralische Macht, die sich außerhalb der Großrathssäle, außerhalb der Mehrheiten und der siegenden Parteien geltend macht. Wer diese Macht gering schätzt, der wird früher oder später zum eigenen Nachtheile erfahren, daß sie doch wirksam ist. Wer diese Macht, die Macht der Ueberzeugungen antastet, der greift das Heiligste, das Beste an, was am Menschen ist, jenen innersten, festen Kern seines Wesens, der ihn über ungünstige Verhältnisse erhebt, in widrigen Schicksalen seinen Muth aufrecht hält und ihm den Glauben an sich selbst und an ein Festes, Beständiges giebt. Diese moralische Macht konstituiert später die bleibende öffentliche Meinung, jene öffentliche Meinung, die nicht mehr wechselt, die unabänderlich, inappellabel ist, vor welcher früher oder später Jeder sich stellen muß, die keine Tagescelebritäten und keine Tagesopfer kennt, sondern nach festen Grundsätzen richtet. Wenn nun die Neun abberufen würden (denn ich komme zum Mehrheitsantrage der Kommission), so würde diese bleibende öffentliche Meinung ganz anders darüber urtheilen, als jetzt vielleicht von einer siegenden Mehrheit, vielleicht aus über-

triebenem Mißtrauen, und aus allzu starrer, sogenannter Konsequenz in konstitutionellen Dingen, geurtheilt werden mag, und auch die Betreffenden könnten in einer unter den gegenwärtigen Umständen geschehenen Abberufung durchaus nicht die Nachteile sehen, die in gewöhnlicher Zeit bei Abberufungen aus andern Gründen die Meinung daran knüpft. Ich bedaure, daß dieser Zwist sich erhoben. Wenn man an das Ungewisse, Wechselvolle des menschlichen Lebens überhaupt denkt; wenn man bedenkt, daß Keiner seines Schicksals und seines Glückes auch nur vom Morgen bis zum Abend sicher ist; wenn man bedenkt, wie besonders in politischen Dingen, und mehr als irgendwo in unsern freien, beweglichen, demokratischen Staaten Alles wechselt, und wie man täglich die Wahrheit jenes Spruches erfahren muß:

Que dans les factions comme dans les combats
Du triomphe à la chute il n'est souvent qu'un pas!

so kann man nicht umhin, siegende Parteien und Mehrheiten immerfort zur Mäßigung, zur Selbstbeherrschung zu ermahnen. Ich wiederhole es, ich bedaure sehr, daß gleichsam an der Grenzlinie einer alten und einer neuen Ordnung der Dinge dieser giftige Zwist sich erhoben. Ich glaube, daß derselbe hätte erspart werden können. Ich sehe darin kein glückliches Augurium für die größere Freiheit, die man uns versprochen, kein glückliches Augurium für die Art und Weise, wie man in der Zukunft die Gewalt handhaben und das Wort „Freiheit“ interpretiren werde. Es liegt nun einmal in der menschlichen Natur eine Widerstandskraft gegen jeden Druck, gegen jedes Unrecht, das man als solches empfindet, mag nun dieser Druck ausgeübt werden, in wessen Namen es sei, sei es im Namen eines Kaisers oder eines Königs, oder des Volkes, oder irgend einer andern Majestät. Da wo dieser Druck sein Maß überschreitet, wird die Frage des Widerstandes dagegen nicht mehr eine Frage des Rechts, sondern eine Frage der Klugheit sein, und ich kenne für jede bestehende Staatsgewalt keine gefährlicheren Zustände als diese, wo die Staatsbürger nicht anfragen: ist es recht, sich zu widersetzen? sondern bloß: ist die Gelegenheit günstig, ist Aussicht auf Erfolg da? Dieß sage ich als Warnung für die Zukunft. Ich möchte zu keinem Schritte beitragen, der solche Zustände herbeiführen könnte. Ich, was mich betrifft, habe ein gutes Gewissen gegen das Volk, ich habe mir nichts vorzuwerfen, wodurch die Freiheit des Volkes beeinträchtigt worden wäre. Allein ich nehme diese Freiheit, und namentlich die Meinungsfreiheit auch für mich in Anspruch, und für Andere, wenn sie im Falle sind, wegen derselben angegriffen zu werden. Ich stimme daher, da man wohl wird eintreten, und zwar sofort eintreten wollen, zum Antrage der Minorität der Kommission, jedoch mit Weglassung des ersten Motives, da ich auch keine Mißbilligung aussprechen möchte.

Saggi, Oberrichter. Vor Allem aus bitte ich Sie, Zit., wenn ich in meinem Vortrage das Wort Partei gebrauchen sollte, keinen bösen Nebenbegriff damit zu verbinden, denn ich unterscheide wohl zwischen Partei und Faktion. Herr Stettler stoßt sich daran, daß die Erklärung vom 13. Februar und der Anzug vom 17. gemeinschaftlich von mehreren Mitgliedern unterzeichnet und eingereicht worden seien; er findet dieses Verfahren nicht parlamentarisch. Es ist nirgends verboten, Zit., Anzüge u. kollektiv zu unterzeichnen; dieß ist schon sehr oft geschehen; vielleicht hat Herr Stettler selbst das Nämliche gethan, ich weiß es nicht. Können zwei Mitglieder einen Anzug unterzeichnen, so können es zwanzig und sechzig Mitglieder eben so gut. Man muß in der Sache, um welche es sich handelt, übereinstimmen, um gemeinschaftlich mit Andern Etwas zu unterzeichnen. Geseht nun, ein einzelnes Mitglied habe einen Anzug gemacht, so wird derselbe hier diskutiert, sechzig oder mehr Mitglieder stimmen ihm dann bei, und also kommt die Sache auf's Gleiche heraus, wie wenn er gleich Anfangs von denselben unterzeichnet worden wäre. Als Herr Altschultzeß Neubaus am 20. Februar seine Rede hielt, war ich wegen Amtsgeschäften abwesend, sonst würde ich bereits damals darauf geantwortet haben; er hat die Sechshundfünfzig und die Ein- undsechzig als Beleidiger und die Neun als Beleidigte qualifizirt. Das ist eine auffallende und verwerfliche Taktik, gegen

welche ich mich als Mitunterzeichner kräftigt verwahren muß. Die Einundsechzig und die Sechsendfünfzig haben hier Niemanden beleidigt; sie haben in ihrer Stellung als Großräthe gehandelt, um eine Erklärung zu fordern, wozu sie in ihrer Stellung berechtigt und verpflichtet waren. Laut den Verhandlungsblättern hat Herr Neuhaus unter Anderm Folgendes gesagt: „— Hätten die 61 Unterzeichneten uns anständig — über unsre Politik gefragt u. s. w. u. s. w., so würde ich auf der Stelle — geantwortet haben. Allein man hat uns nicht so gefragt, sondern man hat gefragt mit Verdächtigungen des Hochverraths und der Eidesverletzung, und es hat daher die Erklärung der Einundsechzig die nämliche Bedeutung, wie wenn gefragt worden wäre: Wir vermuten, Sie, neun Regierungsräthe, könnten pflicht- und eidesvergessen, und Hochverräther sein, — sind Sie eigentlich Ehrenmänner, oder nicht?“ Als Mitunterzeichner der Erklärung und des Anzuges gehöre eine Antwort. Diese nun erfolgte nicht, worauf der bekannte Anzug erfolgte, allerdings in etwas stärkerer Sprache. Allein jedenfalls frage ich: Gestattet man den Großräthen das Recht, Interpellationen an die Regierung zu richten, oder nicht? Aus jener Rede des Herrn Neuhaus scheint hervorzugehen, als ob man ihnen dieses nicht gestatten wollte, denn wenn man es gestatten will, so wird man Einem nicht zumuthen, Denjenigen, an welchen die Interpellation gerichtet werden soll, vorher zu fragen, in welcher Form es geschehen müsse, damit er darauf antworte. Wer Etwas fragen will, soll selbst den Ausdruck wählen, den er angemessen glaubt. Nicht die Sprache der ersten Eingabe konnte die Betreffenden stoßen, sondern man wollte überhaupt gar keine Anfrage gestatten. Ueber Dasjenige, was anständig sei oder nicht, kann man verschiedene Ansichten und Begriffe haben; das ist relativ. Was durchaus unanständig ist, darüber kann man nicht wohl uneinig sein; aber in der Mitte ist noch großer Raum. Man hat in letzter Zeit hier einen Schlußrapport angehört, wo Viele fanden, derselbe sei nicht gar anständig und parlamentarisch; der betreffende Redner wird ihn ohne Zweifel sehr anständig gefunden haben. Man hat auch sonst hier und da im Schooße dieser Versammlung Aeußerungen vernommen, welche von den Einen gutgefunden wurden, von den Andern aber nicht. Also nicht die Sprache an und für sich war beleidigend, aber die Anfrage selbst sah man nicht gerne. Man sagt, wir hätten fragen sollen: Welche Politik wollt Ihr befolgen? und dann würde man eine angemessene Antwort darauf ertheilt haben. Ich weiß nicht, Sit, man konnte auch darin eine Beleidigung finden und sagen: Warum zweifelt Ihr, ob wir eine ehrenhafte Politik befolgen wollen? Es ist überhaupt sonderbar, wie sich die Neun zu antworten weigerten, die Gleichen, die am 12. September vom Großen Rathe eine Antwort verlangt haben, welche hier nicht provoziert worden war, und deren Folge das bekannte Vertrauensvotum war. Herr Neuhaus sagt am Schlusse seines Vortrags: „Der Große Rath hat uns gewählt, er soll uns kennen.“ In der That hat der Große Rath diese Männer gewählt; allein im Verlaufe der Zeit hat sich leider gar Manches in den Personen und in den öffentlichen Verhältnissen geändert, und Niemand bedauert mehr, als ich, daß Männer jetzt mit einander zerfallen sind, die fünfzehn Jahre lang in politischen Dingen zusammeng gehalten

hatten, und daß man die jetzigen Freunde derselben auf einer Seite sieht, wo wir Andern nie waren. Vor einem Jahre noch würde der Große Rath diesen Männern gesagt haben: Ja, wir kennen Euch und vertrauen Euch; aber was ist seither geschehen? Es sind seither höchst wichtige Veränderungen in Ansichten und Verhältnissen eingetreten, die ich tief bedaure. Ich will nicht sagen, daß die Neun privatim nicht achtbare Männer seien; aber verhält es sich in der Politik nicht etwas anders, wenn man sieht, wie Männer, die fünfzehn Jahre lang ihre Freunde waren, heute gegen sie auftreten müssen, während sie jetzt gerade von solchen verteidigt werden, die nie unsere und früher auch nicht ihre Freunde waren? Also zwischen der politischen Gesinnung und der Privatgesinnung ist ein großer Unterschied. Herr Neuhaus sagt selbst, in konstitutionellen Staaten dürfe jedes Mitglied der Kammer jeden Augenblick die Minister interpelliren. Wenn dieß dort in monarchischen Staaten, wo die Minister vom Fürsten erwählt werden, erlaubt ist, warum dann nicht auch hier, wo wir unsere Minister selbst erwählen? Wie konnte man denn Denjenigen gleichsam ein Verbrechen daraus machen, welche jetzt eine solche Anfrage waagten? Die Erklärung vom 27. Januar war gewiß sehr bedenklich; es kam mir vor, es geben zwei Parteien auf den 1. Februar zum Kampfe; nun erläßt vorher die eine Partei ein Manifest, worin sie gleichsam sagt, es gelte einen Kampf auf Tod und Leben. Diesen Sinn erkannte ich in jener Erklärung. Es heißt nicht umsonst, man solle vorher denken und erst nachher handeln. Allein man dachte sich der Mehrheit sicher, denn sonst wäre jenes Manifest nicht erfolgt, es würde ein politischer Mißgriff gewesen sein. Nun hat die Erfahrung gezeigt, daß man sich dennoch irrete. Wenn nun in einem konstitutionellen Staate in wichtigen Fragen das Ministerium in der Minderheit bleibt, so tritt es entweder ab, oder löst die Kammer auf und appellirt dadurch an die Wähler. Wenn es nun in Monarchien Nothwendigkeit ist, daß die Minister, wenn sie bei Lebensfragen unterliegen, zurücktreten, so frage ich, ob es nicht auch hier ebendasi gewesen wäre, sich zurückzuziehen, und gewiß würden die Betreffenden die bisher genossene Achtung auch in den Privatkreis mitgenommen haben. Das ist nun nicht geschehen, und ich muß es sehr bedauern, daß man die Würde des Großen Rathes nicht besser anerkannt hat, daß man alle schuldige Achtung gegen denselben aus den Augen riß und jede Erklärung verweigert hat, so daß der Große Rath sich jetzt sogar außerordentlicher Weise deshalb versammeln mußte. Wo ist da der Patriotismus? Ich schließe unbedingt zum Mehrheitsantrage der Kommission.

(Fortsetzung folgt.)

B e r i c h t i g u n g.

Zit.!

Nach Durchlesung der Großrathsverhandlungen vom 20. Februar sehe ich mich veranlaßt, Ihnen in Vertretung meines darin enthaltenen Vorurtheils zu bemerken: daß nachdem ich mich über die Fassung der bekannten Erklärung der neuen Regierungsräthe und die Rede des Herrn Altschultzeisen Neuhaus etwas mißbilligend geäußert, ich zugleich ausdrücklich beigefügt habe, daß mir aber auch andererseits „der Anzug der Sechsendfünfzig das Gepräge der Leidenschaftlichkeit zu tragen scheine.“ Ferner sind die gegen das Ende vorkommenden Worte „ich so gar in Anklagezustand versetzen“ von mir nicht ausgesprochen worden.

R. Eschner - Wursterberger.

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Dritte außerordentliche Winter Sitzung 1846.

(Nicht offiziell.)

(Fortsetzung der Sitzung vom Mittwoch den 4. März 1846. — Vortrag der Großrathskommission an den Großen Rath, über die Erklärung der neun Herren Regierungsräthe vom 27. Januar 1846.)

von Tillier, Regierungsrath. Wenn ich jemals während einer mehr als 20jährigen öffentlichen Laufbahn tief bewegt das Wort ergriffen habe, so ist dieß heute der Fall. Ehe ich aber in die Sache selbst eintrete, sei es mir erlaubt, ein wenig unsre Stellung als Mitglieder der Kommission zu berühren. Ich habe bereits im Schooße derselben freimüthig geäußert, es hätte von uns Keiner darein gewählt sein sollen; vier Mitglieder derselben hatten sich hier bereits früher entschieden ausgesprochen, und das fünfte Mitglied befand sich ebenfalls in einer ganz eigenen Stellung. Das erste Mal, als ich hier vorgeschlagen wurde, hatte ich mir die Wahl entschieden verboten, später wurde ich, zufällig abwesend, dennoch gewählt, und als ich dieß vernahm, würde ich die Wahl sicher nicht angenommen haben, wenn ich nicht von ganz entgegengesetzten Seiten dazu aufgefordert worden wäre, damit ich in der Kommission eine unbefangene, ruhige und versöhnende Meinung vortragen möchte. Diese Rücksicht einzig hat mich dann zur Annahme der Wahl bewogen. Ich würde indessen die Wahl dennoch nie angenommen haben, wenn ich geglaubt hätte, wir sollten hier einen Gerichtshof vorstellen, und es wäre darum zu thun, gleichsam über Angeklagte zu Gerichte zu sitzen u. s. w.; ich glaubte vielmehr, es sei lediglich darum zu thun, daß fünf Mitglieder dieser hohen Versammlung die ziemlich schwierige Mühe übernehmen, in einem sehr schwierigen und traurigen Geschäfte Ihnen, Zit., möglichst zweckmäßige Vorschläge zu hinterbringen, um das Wahl des Vaterlandes gewiß unter bedenklichen Umständen zu befördern. Es ist bereits viel Geschichte über die letzten Zeiten gemacht worden, ich will das nicht vermehren; es ist durchaus in meiner Stellung und in meinem Wunsche, Wege der Versöhnung zu betreten und das Möglichste zu thun, um zu besänftigen. Sie werden mir aber auch verzeihen, Zit., wenn ich mich hier durchaus freimüthig ausspreche. Es ist selten der Fall, daß bei solchen Verumständungen und Ereignissen, wie sie sich in den letzten Zeiten und namentlich in Folge der Erklärung der neun Regierungsräthe gestaltet haben, die Mehrheit einer Bevölkerung oder deliberirenden Versammlung ganz unbefangen bleibe. Durch meinen persönlichen Charakter nun, durch meine frühern Beschäftigungen in öffentlichen Verhältnissen sowohl, als in Forschungen der Geschichte habe ich die Gewohnheit erlangt, mich über einzelne Eindrücke des Augenblicks zu erheben und die Sachen von einem unabhängigen Standpunkte aus zu betrachten. Ich habe nun die Erklärung vom 27. Januar in zwei Beziehungen betrachtet, theils als Staatsbürger überhaupt, theils als Kollege der Neun insbesondre. Als Staatsbürger hätte ich gewünscht, daß vor der Abstimmung am 1. Februar Niemand auf dieselbe einzuwirken suche, sondern daß in dieser Beziehung sich Alle

gegen einander gleich verhalten; ich hätte also gewünscht, daß gar Niemand daberige Erklärungen in einem oder andern Sinne mache. Hatte ich diesen Wunsch als Staatsbürger, so hatte ich ihn noch vielmehr als Mitglied der Regierung in Bezug auf alle meine Herren Kollegen, ohne Ausnahme. Sene Erklärung war mir seiner Zeit auch mitgetheilt worden, und ich sagte alsogleich dem Betreffenden, ich könne sie nur bedauern, und ich stellte ihm dringend vor, die Sache bleiben zu lassen, weil ich mir schon damals keineswegs verbergen konnte, daß diese Erklärung einen fatalen Eindruck machen werde. Als ich nun dieselbe später gedruckt sah, las ich sie erst da mit größerer Ruhe. Als ich sie gelesen, bedauerte ich die Sache sehr; ich fand nicht, daß die Stellung ganz die gleiche sei, wie wenn neun andere Staatsbürger es gethan hätten. Das soll ich aufrichtig sagen. Früher war eine andere Erklärung in entgegengesetztem Sinne erschienen von 16 Mitgliedern der sogenannten Verfassungskommission. Als Staatsbürger hätte ich, wie gesagt, lieber gesehen, wenn damals gar Niemand Erklärungen erlassen hätte; aber als Mitglied der Regierung mußte ich auch bei dieser Erklärung der Sechzehn bedauern, daß zwei Mitglieder des Regierungsrathes daran Theil genommen hatten. Ich sagte es denselben im Regierungsrathe freimüthig, und sie nahmen es mir nicht übel; sie werden mir es auch heute nicht übel nehmen. Dieß war aber desto mehr Grund für mich, um nicht später selbst einer andern Erklärung beizutreten. Nachdem indessen die Erklärung vom 27. Januar stattgefunden hatte, und in der öffentlichen Meinung bereits besprochen wurde, hätte es mir geschienen, es wäre nach dem 1. Februar der Ort gewesen, sich darüber bei gegebenem Anlasse freimüthig auszusprechen, als man sah, daß sie mißdeutet wurde. Später kam der Große Rath zusammen, und es erfolgte die bekannte Eingabe der Einundsechzig. Ich mache denselben deshalb keinen Vorwurf, es war bereits eine Art von Gereiztheit in den Gemüthern entstanden. Indessen in dieser ersten Erklärung war nichts enthalten, wo ich mir Bedenken gemacht hätte, eine offene Gegenerklärung abzugeben. Wenn im gemeinen Leben eine Erklärung oder Anfrage an Jemanden gerichtet wird, so gibt er entweder eine direkte Antwort, oder er findet die Sache beleidigend, und dann gibt er wiederum eine Art Antwort. Als nun hier 61 Mitglieder ihre Ansicht in bekannter Weise ausgesprochen hatten, wäre es allerdings vielleicht zweckmäßig gewesen, wenn die neun Regierungsräthe sich freimüthig darüber geäußert hätten, als sie sahen, daß ihre Erklärung mißdeutet wurde. Die Neun glaubten aber, das wäre gegen ihre Ehre, und sie scheinen es angesehen zu haben als Zweifel in ihre Pflichterfüllung. Das kann man parlamentarisch nicht so ansehen, und da scheint mir eben ein Irrthum zu bestehen. Im gemeinen Leben könnte man sich durch eine derartige Anfrage allenfalls beleidigt fühlen, aber eine in parlamentarischer Form gestellte Anfrage hätte ebenso beantwortet werden sollen, und ich bedaure von ganzem Herzen, daß es nicht geschehen ist. Später kam dann der Anzug der Sechsunfzig. Dieser war schon etwas schärfer gefaßt;

dieses wird man nicht widersprechen, und dadurch wurde es den Neun schwieriger gemacht, zu antworten, als sie es vorher gekonnt hätten. Nichtsdestoweniger ließ sich auch da noch eine Auskunft wählen, und eine solche Auskunft suchte die Minderheit im Regierungsrathe der Mehrheit an die Hand zu geben durch das Organ des Herrn Schultheissen von Tavel; aber die Sache wurde leider nicht verstanden; die neun Herren glaubten sich immerhin mehr oder weniger beleidigt und wollten daher einer ihnen vorgeschlagenen Erklärung des ganzen Regierungsrathes als Behörde nicht beitreten, und doch hätten wir, die Minderheit, die wir in dieser Sache keinen Anlaß zum Mißtrauen gegeben hatten, kein Bedenken getragen, zu einer solchen Erklärung mitzuwirken. Auf dieses hin wurde der Anzug der Sechshundfünfzig hier behandelt und in einen förmlichen Beschluß des Großen Rathes umgewandelt. Von diesem Augenblicke hinweg hat die Sache durchaus Natur geändert; es lag nicht mehr der Antrag der 61 oder der 56 Mitglieder vor, sondern es lag nichts mehr vor, als der einfache Beschluß des Großen Rathes, daß die Neun eruchtet werden möchten, eine beruhigende Erklärung abzugeben, daß sie zur Vollziehung des Dekrets vom 12. Februar Hand bieten werden. Ich will nun nicht in Erinnerung bringen, was hierauf vorgegangen ist; es fanden sehr lebhaft Sitzungen statt, und ich bedauerte den Gang der Beratungen, die große Gereiztheit u. außerordentlich. Auch über den mündlichen Vortrag des Herrn Altschultheissen Neubaus will ich jetzt nichts sagen; alles dieses geschah unlängbar im Zustande von Gereiztheit, wie es in andern Zeiten und Umständen gewiß nicht geschehen wäre. Es wurde nun eine Kommission niedergesetzt, um weitere Anträge zu bringen. Diese Kommission glaubte, vor Allem aus den neun Regierungsräthen amtliche Mittheilungen machen zu sollen von dem Beschlusse des Großen Rathes, weil dieß, wie Sie, Zit., gehört haben, von Seite des Herrn Landammanns nicht hatte geschehen können. Darauf erhielt die Kommission die beiden heute abgelesenen Erklärungen, einerseits des Herrn Neubaus, anderseits der acht übrigen Mitglieder. Da diese Erklärungen nach der Ansicht weder der Mehrheit, noch der Minderheit der Kommission am Thatbestande etwas änderten, so fragte es sich: Was soll jetzt der Große Rath thun? Die Einen glaubten, unter diesen Umständen können die Neun nicht länger in amtlicher Stellung bleiben, mit anderer Meinung hingegen glaubte man, die Sache sei doch noch nicht so weit gekommen, und es würde ein solcher Beschluß des Störenden und Bemühenden so viel an sich haben, daß er unmöglich zweckmäßig sein könnte. Da ich diese Meinung im Schooße der Kommission zu eröffnen im Falle war, so sei es mir erlaubt, diese Ansicht ohne vorgesezte Meinung und Leidenschaft auch hier zu entwickeln. Sollte es mir gelingen, Sie, Zit., von der Richtigkeit derselben zu überzeugen und dafür zu gewinnen, so würde ich glauben, der heutige Tag sei noch einer der besten meines öffentlichen Lebens. Sehen wir auf den innern Zustand unserer Republik, so können wir unmöglich sagen, daß er ganz befriedigend sei. Wir sehen einen Meinungszwiespalt, der sich bald auf dieser, bald auf jener Seite stärker oder schwächer äußert; wir sehen in verschiedenen Theilen der Republik bereits eine etwas starke Auflösung der Ordnung, was man sich nicht bergen kann. Auf verschiedenen Punkten unsers Gemeinwesens sehen wir die Bande der gesellschaftlichen Ordnung mehr oder weniger gelöst und die Kraft und das Zutrauen der Behörden bedeutend geschwächt. Ist nun dieß ein wünschbarer Zustand, um in eine künftige Ordnung der Dinge hinüberzutreten und um eine neue Verfassung zu machen? Ganz gewiß nicht, Zit.; gute Verfassungen können nicht im Augenblicke der Aufregung gemacht werden. Ich bedaure es daher je länger je mehr, daß wir so lange damit gewartet und die geeignete Zeit dazu veräußert haben. In den letzten Tagen fanden die Wahlen in den Verfassungsrath statt, und es wurden mehrere Mitglieder dieser hohen Versammlung, ja sogar mehrere der neun Regierungsräthe von den betreffenden Wahlkreisen gewählt. Wenn man nun den Volkswillen ehren will, so frage ich: Ist es jetzt zweckmäßig, ist es gegen diejenigen Wahlbezirke, welche ganz neulich die Männer ihres Zutrauens gewählt haben, diejenige Achtung gezeigt, die gegen alle Theile des Volkes stattfinden soll, — wenn man jetzt gewissermaßen das Zutrauen des Großen Rathes

in Widerspruch setzt mit dem Zutrauen des Volkes, wie es sich unmittelbar ausgesprochen hat? Man hat mir zwar in der Kommission entgegnet, dieses Zutrauen könne nur angenommen und vorausgesetzt werden in Bezug auf die betreffenden Wahlkreise, aber alle andern Wahlkreise seien offenbar Dem entgegen. Das ist wahrlich eine gewagte Folgerung. Man muß jedem Wahlkreis das Recht widerfahren lassen, daß man anerkennt, er werde diejenigen Männer gewählt haben, welche das allgemeine Zutrauen genießen, denn jeder Wahlkreis hatte Verfassungsräthe zu wählen, die nicht bloß ihn, sondern die das ganze Land im Verfassungsrathe vertreten sollen. Wenn Sie ferner annehmen, Zit., daß der Keim und das Gedeihen einer guten Verfassung durch die möglichste Annäherung der Meinungen und Personen im Verfassungsrathe selbst bedingt ist und zwar gerade von Seite der talentvollern und kenntnißreichern Personen, so kann man sich nicht bergen, daß durch die Abberufung der neun Regierungsräthe, von denen Mehrere an den Arbeiten des Verfassungsrathes Theil nehmen sollen, in den Verfassungsrath selbst eine Kluft käme, welche höchst nachtheilig auf das Gelingen des ihm übertragenen Werkes einwirken müßte. So viel vorläufig über die innern Verhältnisse des Kantons. Gehen wir nun in die Eidgenossenschaft hinaus, so frage ich: Bietet etwa diese einen erfreulichen Zustand dar? Wo sehen wir noch ein Band der Nationalität? Es ist dieß eine harte Frage, aber wo ist denn ein kräftiges Zentralband des schweizerischen Volkes? Ist es etwa der Vorort? Mein Gott — der Vorort! Ein Vorort kann wohl befehlen, aber kann er auch erequiren? Will man den Vorort noch als ein kräftiges Zentralband ansehen, so widersprechen die Thatfachen Dem durchaus. Haben wir etwa vorauszusetzen, daß eine Revision des Bundes auf freiwilligem Wege bald stattfinden werde? Darüber kann sich wohl Niemand täuschen. Wenn wir dagegen die grell gegeneinander abstechenden Meinungen sehen, wenn wir sehen, wie in der westlichen Schweiz die Kraft der Regierungen erschüttert ist, und wie die Tendenzen zur Anarchie nach unten immer mehr um sich greifen, wenn ferner andererseits im Zentralpunkte der Schweiz wir das Banner des traurigsten Fanatismus entfaltet sehen, — so frage ich: Ist dieses der Augenblick, um im Kanton Bern unsere ganze Administration zu schwächen? Sie mögen rechts oder links sitzen, Zit., ich frage Sie: Wer von Ihnen will die Verantwortung davon übernehmen? Ich wenigstens danke dem Himmel dafür, wenn ich mir das Zeugniß geben kann, an dieser Schwächung nicht Theil genommen zu haben. Wenn wir die Neun abberufen, so desorganisiren wir alle Zweige der Verwaltung; so namentlich das ganze Militärdepartement, aus welchem alle drei Mitglieder des Regierungsrathes entfernt würden. Wie wäre das in einem Momente, wie der jetzige ist, zu verantworten gegen das bernische Vaterland? Sie werden doch nicht den eigenen Kanton wehrlos machen wollen. Wenn nicht eine geordnete Kriegsverwaltung da ist, so genügt es nicht, Offiziere und Soldaten zu haben. Ähnliches würde in allen andern Zweigen der Verwaltung eintreten, so namentlich auch im Baudepartement. Bedenken Sie, Zit., die wichtigen Straßenbauten, die wir zu vollenden haben, beinahe das Einzige, was bei uns zu Beförderung der Industrie und des Handels geschieht. Fast überall, namentlich auch im Erziehungsdepartement, würde eine förmliche Desorganisation die Folge einer solchen Maßregel sein, und während wir noch etwa zwei oder drei Monate vor uns haben, bevor die neue Verfassung in Kraft treten kann, müßten fast alle obern Behörden wenigstens theilweise provisorisch neu bestellt werden. Ist dieß zweckmäßig für unsere innern Angelegenheiten? Ist es zweckmäßig für unsere Stellung in der Eidgenossenschaft? Aber, Zit., nicht einzig die Lage unseres Kantons und diejenige der Eidgenossenschaft ist hier zu berücksichtigen. Sehen wir auch ein wenig auf die Lage von Europa überhaupt. Welche verhängnißvolle Ereignisse sind da nicht erst noch in den letzten Tagen eingetreten! Viele hundert Stunden von hier sehen wir ein Volk, welches früher als das Bollwerk der Selbstständigkeit Europa's gegen den Norden da stand, neue Versuche machen, um die Freiheit wiederum zu erringen, Versuche, die ohne Zweifel höchst traurige Folgen haben werden. Wir sehen, daß ein Freistaat, von welchem aus diese Versuche zunächst stattfanden, außer der Schweiz einer der wenigen in Europa übrig gebliebenen, wahrscheinlich in wenigen Tagen aus der Reihe

der freien Staaten gestrichen sein wird. Glauben Sie, Zit., dieser Schlag werde keine weitere Rückwirkung auf die europäischen Verhältnisse haben? Wer dieß glaubte, müßte wahrlich sehr kurzfristig sein. Gewiß ist nicht anzunehmen, daß die drei Großmächte das sehr ruhig hinnehmen werden. Bedenken Sie also, Zit., in welcher Zeit Sie solche Beschlüsse nehmen wollen. Ich will da kein allzu schwarzes Gemälde machen. — Ich habe mich von Anfang an freimüthig dahin ausgesprochen, daß ich sehr gern gewünscht hätte, die neun Herren Kollegen hätten in Berücksichtigung der verhängnißvollen Lage, in welcher wir uns Alle befinden, sich auf eine Art erklären mögen, daß Jedermann hätte zufrieden sein können. Ich habe diese Ansicht auch im Regierungsrathe ausgesprochen, und es schien damals einige Rührung bei Einzelnen eingetreten zu sein, so daß wir hofften, diese Sache nicht hier des Fernern erörtern zu müssen. Wir glaubten, unter solchen Umständen solle Jeder etwas von seinem Selbstgefühle und vorgefaßten Meinungen dem gemeinen Besten zum Opfer bringen. Dieses Opfer nun fordere ich als Berner und Schweizer heute von Ihnen, Zit.; bringe Jeder von Ihnen dem allgemeinen Besten ein Opfer. Wehe dem, der es nicht thun kann; wohl dem, der das Bewußtsein mit sich in's Grab nehmen kann, dieses Opfer, so viel an ihm, gebracht zu haben! Wenn ich bedenke, was seit Jahrhunderten hier in diesem Saale schon vorgefallen ist, so ergreift mich ernste Stimmung. Wir hatten in unserm Freistaate schon mehrmals solche ernste Zeiten. Ich erinnere nur an die Zeit des Zwingherrenstreites, an jenen erhabenen Charakter, den schönsten vielleicht in unser Berner Geschichte, an Adrian von Bubenberg. Dieser ward von seinen Mitbürgern in einem Augenblicke innern Zermürfnisses auf kränkende Art aus dem Rathe gestossen; er ging in seine Freiherrschaft nach Spiez, er wartete der Dinge ruhig dort ab. Bald kamen die Tage der Gefahr, und der gleiche Mann ging auf den ersten Ruf nach Murten, und vertheidigte und behauptete Murten gegen seinen ehemaligen Jugendfreund, den Herzog Karl von Burgund, — uneingedenk dessen, was seine Mitbürger früher Uebles gegen ihn gethan. Durch Solches, Zit., erwirbt man sich guten Namen in der Geschichte, nicht durch gebüßte Gesinnungen. Wohl dem, der vergessen kann! Ich will Sie nicht länger aufhalten; ich erwarte, Sie werden die Sache nicht auf's Aeußerste treiben wollen. Bedenken Sie, Zit., welche Verantwortung auf Jedem von uns läge, wenn wir jetzt nicht auf derjenigen Höhe uns finden sollten, die das Vaterland von uns erwartet. Männer aller Meinungen werden sich hingegen freuen, wenn sie sehen, daß wir, mit einander versöhnt, einen kleinen Irrthum zu vergessen vermögen, um größerer geleisteter Dienste uns wiederum zu erinnern. Wie Mancher dieser Neun wurde nicht noch vor Kurzem erhoben, welch' eine große Rolle spielte er nicht in unsern schwierigsten Verumständen! Wahrlich, wenn ich sehe, was jetzt eingetreten ist, ich hätte nicht nach Rom gehen müssen, um zu wissen, wie nahe das Kapitol vom tarpejischen Felsen ist. Wenn ich sehe, was in den letzten Zeiten bei uns geschah, so wird es mir für mein ganzes Leben eine wichtige Lehre sein. Erst vor Kurzem stand Einer dieser Männer hochgefeiert an der Spitze der Eidgenossenschaft. Ich sage nochmals, ich habe nicht der gereizten Stimmung, in welcher er hier unlängst auftrat, beigepflichtet; aber vergessen Sie auch heute nicht, was er zu andern Zeiten dem Vaterlande Gutes geleistet hat, verzeihen Sie es keinem der Ehrend Männer, welche auf heutigen Tag Gegenstand Ihrer Abstimmung sein werden. Selbst das Gutachten der Kommission sagt, sie seien Ehrend Männer; deuten Sie denselben also nicht einige vielleicht unbedonnen ausgesprochene Worte auf eine Weise, wie sie nicht gemeint waren; denn so sehr ich die Erklärung vom 27. Januar bedauerte, so ist es mir doch nicht von Weitem in den Sinn gekommen, Dasjenige darin zu finden, was man nun von anderer Seite darin finden will. Unsere Stellung war schwierig, aber nur durch Entzucht können wir sie wieder gut machen. Diejenigen, welche früher Conservative waren, sollen sich also nicht durch Gereiztheit verführen lassen, Demjenigen entgegenzutreten, was die Mehrheit des Volkes nun einmal beschlossen hat, und Sie, Zit., die Sie in der Verfassungsfrage und in den letzten Wahlen die große Mehrheit bekamen, haben wahrlich keine schönere und größere Gelegenheit, sich wahrhaft liberal zu zeigen, als in der

Mäßigung, — nicht aber in der Verfolgung Unerwünschter. Gott walle über unserm Vaterlande!

Steiner. Es ist zwar unbescheiden, das Wort zu ergreifen, aber ich glaube, dieses um so mehr schuldig zu sein, als ich eines der 61 Mitglieder des Großen Rathes bin, welche die Aufforderung unterzeichnet hatten, daß die neun Mitglieder des Regierungsrathes eine genügende Erklärung geben, und ich glaube, sie hätten sie geben können und sollen, indem ihre Erklärung vom 27. Jänner, worin die neun Herren Regierungsräthe ihre Ueberzeugung aussprechen, die Aufstellung eines Verfassungsrathes sei, ehe der Artikel 96 der Verfassung abgeändert worden, eine Verfassungsverletzung, zu welcher sie nie Hand bieten werden, eine Gegenerklärung nothwendig machte. Ich bedaure nun, Zit., daß diese Gegenerklärung nicht erfolgt ist; ich finde indeß darin keinen genügenden Grund, um diese neun Regierungsräthe abzuberufen; es scheint mir dieses um so weniger am Ort, als der gegenwärtige Große Rath in nächster Zeit abtreten, und man Mühe haben wird, neue Beamtete zu finden, wenn dieselben zum Voraus sehen, daß sie einem strengen Richter werden unterworfen werden. Es scheint mir, man solle im gegenwärtigen Augenblicke diese Angelegenheit verschieben; entweder werden sich die neun Regierungsräthe willig bei der Verfassungsrevision gebrauchen lassen, oder nicht; sie werden dazu Hand bieten, oder Hindernisse in Weg legen; im erstern Falle ist eine Abberufung nicht nothwendig, und wäre schädlich; legen sie aber Hindernisse in Weg, so ist in diesem Falle hinlänglicher Grund vorhanden, um sie abzuberufen, und es soll dann auch dieses geschehen. Ich trage daher darauf an, daß eine Beschlusnahme über den vorliegenden Antrag der Großrathskommission auf so lange verschoben werde, bis sich neue Thatfachen herausstellen, welche eine Abberufung begründen.

Fischer. Der Große Rath ist bei Eiden außerordentlich zusammenberufen, und aus allen Gegenden sind dessen Mitglieder ziemlich zahlreich versammelt, um über den vorliegenden Gegenstand einen Beschluß zu fassen. Es handelt sich heute nicht um Erlassung von allgemeinen Gesetzen, sondern es handelt sich um ein inneres Zermürfnis, um einen Hausstreit, und diesen sollen wir schlichten. Gewiß ist Jeder von uns schon mehr oder weniger im Falle gewesen, in seinem engern Kreise Zermürfnisse zu beseitigen, und Jeder wird die Erfahrung gemacht haben, daß ein Hausstreit seiner Natur nach Niemandem Vorhern bringt. Ich ergreife das Wort nicht, um zu Gunsten oder Ungunsten der neun Regierungsräthe zu reden, auch kommt es mir vor, als sei Jedermann mit sich ziemlich darüber einig, wie er stimmen werde; da ich aber zum Minoritätsantrage stimmen will, so ist es mir einzig darum zu thun, die Motive zu entwickeln, warum ich so, und nicht anders stimme. Ich pflichte denjenigen Motiven bei, welche von einem ehrenwerthen Herrn Präopinanten mit so beredtem Munde für den Minoritätsantrag vorgebracht worden sind. Was hingegen den zuletzt gefallenen Antrag auf Verschiebung betrifft, so kann ich mich darüber nicht mit Zuversicht aussprechen, indem der Antrag mir zu unerwartet kam, und ich nicht Zeit hatte, über denselben reiflich nachzudenken. Indessen frage ich mich, ob es zweckmäßig sei, das Schwert des Damokles auf die beantragte Weise über dem Haupte der exekutiven Behörde hängen zu lassen; besser scheint es mir, man schließe sich auf den heutigen Tag an den Antrag der Minorität an. Außer den bereits angeführten Gründen sind es noch folgende, welche mich zu dieser Ansicht bewegen. Der erste Grund ist der, daß wir uns im Jahr 1846 in einem Regierungswechsel befinden, welcher einige Ähnlichkeit hat mit demjenigen vom Jahre 1830. Es liegt in der Natur der Dinge, daß mit jedem Regierungswechsel Reibungen und Spannungen der verschiedenen Meinungsparteien vorhanden sind, welche, weit entfernt, den allgemeinen Nutzen zu fördern, eher dazu dienen, dem allgemeinen Besten zu schaden. Wir haben im Jahre 1830 die Erfahrung gemacht, und ich selbst gehöre zu denen, welche viele Anfechtungen und Anfeindungen auszuheben hatten, von denen ich glaube, daß sie zum Theil wenigstens unbegründet waren. Solche Reibungen und solche Anfechtungen bringen dem Lande keinen Nutzen, und haben dieser hohen Landesbehörde gewiß nicht wenig geschadet; warum?

Wenn Jemand weiß, daß er von der einen oder andern Seite als Gegner und als Feind betrachtet wird, so ist die natürliche Folge die, daß er sich zu einem Extreme, direkt oder indirekt, hinübergetrieben fühlt, zu dem er sich Anfangs nicht bekennen wollte. In einem kleinen Lande, wo Alles vom Großen Rathe abhängt, wo weder ein König, noch eine Pairskammer existirt, durch welche eine Art Gleichgewicht hergestellt und das Uebertreten zu einem Extreme vermieden wird, ist dieses nicht anders möglich. Bei unsern Verhältnissen dagegen wird man auch ohne seinen Willen zu einem Extreme hingetrieben, zum Nachtheile des allgemeinen Wohles. Dieses war der Fall im Jahre 1830; es war dieses eine Folge der damaligen Spannung. Im Jahre 1846 möchte ich sie zu vermeiden suchen, nicht aus Interesse für die bei der heutigen Frage zunächst betheiligten neun Personen; ich betrachte sie als Ehrenmänner, aber sie sind weder meine Freunde, noch meine Feinde; ich stehe in keinem Verhältnisse zu ihnen; einzig im Interesse des Landes wünsche ich, daß der Minoritätsantrag belieben möchte. Es bewegt mich dazu ein zweiter Grund, und wenn ich denselben hier auseinanderlege, so ersuche ich zum Voraus, daß man meine Worte nicht mißverstehe, sondern sie in dem Sinne auffasse, welchen ich hineinlegen will. Vor nicht langer Zeit hat man sich hier in diesem Saale über eine Frage besprochen, von deren Entscheid es abhieng, ob eine Mehrheit des Regierungsrathes den Austritt nehmen werde oder nicht; es war dieß das bekannte Zutrauensvotum; man wußte damals zum Voraus, daß die Mehrheit des Regierungsrathes zurücktreten und ein Regierungswechsel eintreten werde, wenn der Entscheid anders ausfallen sollte, als der Antrag lautete. Ungeachtet dessen habe ich damals dennoch nicht zum Zutrauensvotum gestimmt, während die Mehrheit des Großen Rathes gegen meine Ansicht dazu gestimmt hat. Nun frage ich: was muß es für einen Effekt machen, wenn die gleiche Behörde, welcher man vor nicht langer Zeit ein Zutrauensvotum erteilte, jetzt, wenigstens in ihrer Mehrheit, abberufen würde? Mir scheint es, es wäre besser gewesen, wenn bei Anlaß des Zutrauensvotums ein Rücktritt der vollziehenden Behörde stattgefunden hätte; man hat es aber nicht gethan,

und jetzt scheint es mir nicht am Orte, daß, nach solchen Vorgängen und unter den gegenwärtigen Verhältnissen, eine Abberufung erfolge. Ich wiederhole es, daß ich Niemanden beleidigen will, sondern ich will nur meine Ansicht aussprechen, und diese geht dahin, daß, wenn man damals, als es sich um die Ertheilung des Zutrauensvotums handelte, so nachsichtig war und, ungeachtet meines Erachtens damals weit eher, als jetzt, hinlänglicher Grund zur Abberufung vorhanden gewesen wäre, dennoch mit großer Mehrheit zum Zutrauensvotum und gegen einen Rücktritt des Regierungsrathes gestimmt hat, man jetzt auch nachsichtig sein und von einer Abberufung abstrahiren soll. Ein dritter Grund, welchen ich gewiß nicht aus persönlichen Rücksichten für die neun Herren anführen will, ist der: So weit die Wahlen bis jetzt bekannt sind, sind einige der neun Mitglieder des Regierungsrathes in den Verfassungsrath gewählt worden; namentlich befindet sich Herr Altschultzeiß Neuhaus darunter. Ob er die Wahl annehmen wird, ist mir durchaus unbekannt, aber ich glaube, es sei möglich, um so mehr, als man gewöhnlich Diejenigen, welche man im Auge hat, vorher direkt oder indirekt anfragt, ob sie eine solche Wahl annehmen würden oder nicht. Ob er sie nun wirklich annimmt, das weiß ich nicht, aber möglich ist es. Nun frage ich Sie: was würde es für einen Effekt machen, wenn wir die neun Regierungsräthe, unter welchen sich Herr Altschultzeiß Neuhaus befindet, abberufen wegen feindschaftlicher Gesinnung gegen den Verfassungsrath, und dann in der Woche darauf der nämliche Herr Altschultzeiß Neuhaus als Mitglied des nämlichen Verfassungsrathes eintritt und mit seinem bekannten Talente an den Beratungen Antheil nimmt? wäre das nicht ein Beweis, daß wir uns auf einer falschen Fährte befunden hätten? Diese Gründe, im Verein mit denjenigen, welche von andern Rednern auseinandergesetzt worden sind, bewegen mich, zur Minoritätsmeinung zu stimmen. Ich weiß zwar wohl, daß, wenn man die Sache strenge ansehen will, der Antrag der Majorität der Kommission als gerechtfertigt erscheint; dennoch sind mir die Gründe für den Minoritätsantrag überwiegend.

(Fortsetzung folgt.)

Verhandlungen

des

Großen Rathes der Republik Bern.

Dritte außerordentliche Winter Sitzung 1846.

(Nicht offiziell.)

(Schluß der Sitzung vom Mittwoch den 4. März 1846. — Vortrag der Großrathskommission an den Großen Rath, über die Erklärung der neun Herren Regierungsräthe vom 27. Januar 1846.)

Mign, Oberrichter. Da ich zum Mitgliede der Kommission ernannt worden bin, welche berufen ist, Ihnen Anträge vorzulegen — eine Ernennung, welche in meiner Abwesenheit geschah, während ich mich in der Sitzung des Obergerichts befand, und ungeachtet ich einer der Unterzeichner des die neun Regierungsräthe betreffenden Anzuges war, — so glaube ich, öffentlich die Gründe auseinander setzen zu sollen, welche mich zum Entschluß gebracht haben, mich dem Antrage der Mehrheit der erwähnten Kommission anzuschließen. Nach meiner Ansicht hängt Alles davon ab, von welchem Gesichtspunkte man ausgehe, um zu einer Lösung zu gelangen, und auf welche Weise man die wichtige Frage stelle, mit der wir uns zu beschäftigen haben. Es ist nicht zu läugnen, daß wir drei Hauptbattachen zu untersuchen haben. Die von einundsechzig Mitgliedern des Großen Rathes angebrachte Interpellation, der Anzug der sechsundfünfzig Mitglieder und die vom Großen Rath am 19. und 20. Februar gefaßten Beschlüsse. Laut diesem doppelten Beschlusse hatten die neun Regierungsräthe für's erste die Verpflichtung auf sich, eine befriedigende Erklärung zu geben, indem die durch Herrn Mitschultbeiß Neubaus, als ihrem Organ, mündlich gegebene Erklärung, als ungenügend durch die oberste Behörde der Republik zurückgewiesen worden war. Zur Theilnahme an den Arbeiten der Kommission berufen, und, nachdem ich vorher schon mich überzeugen mußte, daß die neun Regierungsräthe sich förmlich weigerten, einem Beschlusse des Großen Rathes Folge zu leisten, habe ich die Frage an mich selbst gerichtet, ob es unter den gegenwärtigen Zeitumständen, im Augenblicke, wo die Mehrheit des Regierungsrathes aller Kraft entbehrt, weil sie das Vertrauen des Volkes verloren hat, zulässig sei, daß der Große Rath sich dazu bequeme, vor dem starren Widerstand der neun Regierungsräthe sich zu beugen, oder ob der Große Rath zu energischen Mitteln schreiten solle, um seinen Beschlüssen Kraft und Leben zu verleihen. Ich habe mich gefragt, ob die Folgen davon, aus dem kantonalen und eidgenössischen Gesichtspunkte betrachtet, nicht tausendmal nachtheiliger sein würden, wenn die oberste Behörde des Landes gewissermaßen erklären würde, sie besitze keine Coerzitivmittel gegenüber den neun Regierungsräthen, die er mit dieser Würde bekleidet hat und die sich weigern, einem seiner oberherrlichen (décision souveraine) Beschlüsse nachzukommen, — als wenn man die neun Regierungsräthe von ihren Stellen abberufe, weil sie die bindende Kraft eines solchen Beschlusses mißkannt haben, ohne so gleich auf ihre Stellen Verzicht zu leisten, welche ihnen von der nämlichen Behörde übertragen worden sind, gegen die sie sich in offene Feindseligkeit gesetzt haben. Wenn man sich die Frage auf diese Weise stellt, und mit der Hand auf dem Gewissen, war es mir unmöglich, bei Ihnen darauf anzutragen,

Sie selbst, Zit., sollen ihre eigene Schwäche, ihren Mangel an Energie und ihre Inkonsequenz kund machen. Es war mir unmöglich, Ihnen anzutragen, der Eidgenossenschaft das traurige und demüthigende Schauspiel eines Großen Rathes zu geben, der vor dem Eigensinn, entschuldigen Sie den Ausdruck, vor neun Regierungsräthen zurückweicht, deren erste Pflicht es, nach meiner Ansicht, sein sollte, wenigstens auf so lange als sie die Obliegenheiten beibehalten und ausüben, welche Sie denselben im Interesse des Landes anvertraut haben, mit dem Beispiel des Gehorsams gegen Ihre obersten Beschlüsse, voranzugehen, besonders da sie dazu beauftragt sind, dieselben zu vollziehen. Es wäre unnütz, es vor Ihnen zu verheimlichen. Sie haben heute darüber zu entscheiden, ob einer Ihrer Beschlüsse geachtet und vollzogen werden soll, und ob Sie Kraft genug besitzen, um die zu diesem Zwecke nothwendigen Mittel zu ergreifen, oder ob Sie in den Augen unserer Republik und der Eidgenossenschaft sich als ohnmächtig und bis zu solchem Grade schwach erklären wollen, daß Sie außer Stande seien, einem von Ihnen erlassenen Beschlusse Nachdruck zu verschaffen. Was mich anbetrifft, so wiederhole ich Ihnen, ungeachtet ich wegen der Verrichtungen, die mir bei der Gerichtsbehörde obliegen, nicht zu diesem Beschlusse mitgewirkt habe, so hätte ich mich dennoch nicht der Minderheitsmeinung der Kommission anschließen können, und ich würde die Annahme derselben als der Würde des Großen Rathes widerstreitend und als einen Akt beklagenswerther Schwäche betrachten. Nicht daß ich biedurch irgendwie die lobenswerthen und verführlichen Motive verdächtigen wollte, welche bei der Minderheitsmeinung vorgewaltet haben, — ein solcher Gedanke ist weit von mir entfernt, ich achte die Freiheit der Ueberzeugungen allzusehr, um jemals einen derartigen Sinn mit meinen Worten zu verbinden. Man sagt uns, die Umstände seien kritisch, die Republik befinde sich in einem innormalen Zustande, die Ruhe und gute Ordnung mache es nothwendig, einige Zugeständnisse zu machen, indem die Abberufung der neun Regierungsräthe, in dem Augenblicke der Aufregung und Beunruhigung, in welchem wir uns befinden, schwere Folgen zum Nachtheile des Ganges der Staatsverwaltung und zur Störung der öffentlichen Ruhe haben könnte. Ich verberge mir das ganze Gewicht der Lage der Dinge keineswegs; nichtsdestoweniger aber frage ich Sie, Zit., sollen uns allein alle Pflichten und alle Concessionen zufallen? Haben die neun Regierungsräthe, die den Gegenstand unserer Verhandlung bilden, keine Pflichten im Interesse der Republik und des Landes zu erfüllen? Und wenn man erwägt, daß es hinreichend gewesen wäre, wenn sie einige versichernde Worte ausgesprochen, wenn sie einige Worte der Beruhigung an den Großen Rath gerichtet hätten, um dem Streite, der sich erhoben hat, ein Ende zu machen, — ist man nicht berechtigt, daran zu zweifeln, daß sie bei diesem Anlasse alle die Pflichten erfüllt haben, welche eine wahrhafte Vaterlandsliebe einflößt? Was verlangt man im Grunde von ihnen? daß sie Kraft eines Beschlusses des Großen Rathes auf den Altar des

Vaterlandes einen Theil ihrer Eigenliebe und ihres Eigensinnes zum Opfer darbringen sollen, und dieß zwar im Interesse der Ruhe und des Friedens des Landes. Sie haben es nicht gethan. Nachdem sie in ihrer vor der Volksabstimmung vom 1. Februar erlassenen und allgemein bekannt gemachten Erklärung feindliche Gesinnungen gegen einen Verfassungsrath und die Aufstellung eines solchen geäußert hatten, richtete der Große Rath, auf das Begehren von 61 seiner Mitglieder, die Aufforderung um eine befriedigende Erklärung an die Neun. Heute, wo der Verfassungsrath auf gesetzlichem Wege beschossen ist, scheint es mir, sie hätten sich nicht dadurch gedemüthigt finden sollen, zu sagen: Die Meinung, welche wir in unserer Erklärung ausgesprochen haben, wird keinen Einfluß auf unsere amtlichen Verrichtungen als Mitglieder des Regierungsrathes ausüben, der berufen ist, die auf den Verfassungsrath, den wir bestritten haben, bezüglichen Beschlüsse in Vollziehung zu setzen. Ich habe noch nichts davon gehört, daß diese Herren ihre erste Meinung widerrufen; nein, sie haben ohne Zweifel das Recht, der selben Meinung noch zu huldigen und dieselbe auszusprechen; allein der Große Rath hatte ebenfalls das Recht, von ihnen die Zusicherung zu verlangen, daß jene Ansicht, die sie auf solch' unkluge Weise öffentlich bekannt gemacht hatten, daß diese von ihnen ausgegangenen einem Verfassungsrathe für die Zukunft feindselige Manifestation, nicht von der Art seien, um ihre Einwirkung fühlen zu lassen, und durch ihre amtliche Handlungsweise bekräftigt zu werden. Dieses Recht wird dem Großen Rathe nicht bestritten werden können, besonders auf heutigen Tag, wo das Wohl des Vaterlandes von den Arbeiten des Verfassungsrathes abhängt, wo dieses öffentliche Wohl daher von den Hindernissen abhängen kann, durch welche die Mehrheit des Regierungsrathes die Schöpfung, den Gang, die Entwicklung desselben beeinträchtigen könnte. Das Stillschweigen der neun Herren Regierungsräthe habe ich vollkommen begriffen, insofern es sich darum handelt, den einundsechzig und den sechsundfünfzig Mitgliedern des Großen Rathes, welche die Initiative ergriffen haben, Antwort zu geben. Dieses Stillschweigen erklärt sich in der That vollkommen durch den Umstand, daß sie in dieser Initiative den Angriff einer feindlichen Partei zu erblicken glaubten, und daß sie in Folge dessen einer Interpellation nicht nachgeben wollten, welche sie als einen Angriff betrachteten. Allein vom Augenblicke an, wo der Große Rath einen Beschluß gefaßt hatte, veränderte die Frage ihren Standpunkt. Im Wortlaute dieses Beschlusses hatte man die vielleicht etwas verletzenden Ausdrücke, welche in dem von 56 Großräthen unterzeichneten und auf dem Kanzleitische niedergelegten Anzuge enthalten waren, nicht aufgenommen; man hatte sich darauf beschränkt, die Frage in gemäßigten und passenden Ausdrücken zu stellen, um ihre Lösung in dem Sinne herbeizuführen, daß die neun Regierungsräthe gehalten seien, eine beruhigende Erklärung abzugeben, von der Art, um zu Verschwichtigung der Aufregung beizutragen. Diese Herren konnten hierauf, ohne den Anschein auf sich zu laden, daß sie einer feindlichen Partei nachgeben, sondern um einem Beschlusse des Großen Rathes Folge zu leisten, dem Begehren dieser obersten Behörde Genüge thun. Allein anstatt dessen haben sie, um ihren Widerstand zu rechtfertigen, sich gestellt, als seien sie des Glaubens, den Einundsechzig oder den Sechsundfünfzig zu antworten, wobei sie aus dem Auge verloren, daß sie sich einem vom Großen Rathe ausgegangenen Beschlusse widersetzen. Ueberdieß habe ich nicht begreifen können, daß Herr Schultheiß Neubaus, der beauftragt worden war, in ihrem Namen das Wort zu führen, dem leztthin versammelt gewesenen Großen Rathe das Recht abzusprechen schien, einen gültigen und verpflichtenden Beschluß zu fassen, als wenn der Große Rath diese Befugniß verlieren würde, wenn er nicht in vollständiger Zahl versammelt ist. Einer der Präopinanten scheint sich besonders vor den Uebelsänden aller Art zu fürchten, welche unausbleiblich mit der Abberufung der neun Regierungsräthe verknüpft sein würden; diese Uebelsände haben ihn erschreckt und sollen, nach seiner Ansicht, den Großen Rathes vermögen, sich befriedigt zu erklären. Außerdem, daß diese Besorgnisse übertrieben sind, halte ich dafür, daß die Vollziehungsgewalt, bei ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung, ohne Kraft, ohne Energie und beinahe ohne Einwirkung auf den Gang der öffentlichen

Verwaltung ist. Könnte dieselbe, wenn in einem oder andern Theile der Republik Unruhen entstehen sollten, die geeigneten Maßregeln ergreifen, um die Ordnung wieder herzustellen? Würde dieselbe nicht außer Stande sein, irgend welche energische Maßregel in Ausführung zu setzen? Ja, ohne Zweifel. Ist diese äußerste Schwäche von der Art, um dieselbe grundsätzlich als Heilmittel für alle unsere Uebel, und als eine hinreichende Gemährleistung zu betrachten? Ich glaube es nicht. In jedem Falle muß man unter zwei Uebeln das kleinere wählen, und was mich betrifft, so will ich, wenn in dieser Angelegenheit irgend Jemand beschimpft werden soll, wenigstens nicht, daß dieß der obersten Behörde des Landes widerfahre. Um die Ihnen vorgetragene Minderheitsmeinung der Kommission zu unterstützen, hat Herr Fischer von Reichenbach an das im verflossenen Herbstmonat dem Regierungsrathe durch den Großen Rath erteilte Vertrauensvotum erinnert; in jenem Zeitpunkte hatte ich noch nicht die Ehre, Mitglied dieser hohen Versammlung zu sein. Er hat behauptet, daß ein gewisser Widerspruch zwischen jenem Zutrauensvotum und dem Mißtrauensvotum entstehen würde, über welches letztere Sie, Zit, sich heute gegenüber den neun Regierungsräthen sich auszusprechen haben. Ich würde mit dem ehrenwerthen Präopinanten rücksichtlich des von ihm bezeichneten Widerspruches völlig einverstanden sein, wenn sich in der Zwischenzeit nicht eine neue Thatfache zugegetragen hätte, durch welche die Sachlage verändert wurde, nämlich die in den öffentlichen Blättern bekannt gemachte Erklärung der neun Regierungsräthe, welche Stoff zu der gegen diese Lezttern ergriffenen Initiative, zu den schon am 19. und 20. Februar gefaßten Beschlüssen, und zu der heutigen Beratung gegeben hat. Jenes Argument behält daher gar keinen Werth. Ich werde nicht ein Mehreres hierüber sagen. Wenn ich das Wort ergriffen habe, so war es bloß aus dem Grunde, weil ich glaubte, mein Votum motiviren zu sollen, und weil ich überdieß von dem Gedanken geleitet werde, daß in kritischen Zeitpunkten jeder Staatsbürger, der zur Mitwirkung an den öffentlichen Angelegenheiten berufen ist, dazu gehalten sein sollte, öffentlich seine Meinung über Dasjenige auszusprechen, was er für sein Vaterland als vortheilhaft oder nachtheilig hält. Aus diesem Grunde stimme ich für den Antrag der Mehrheit der Kommission.

Dr. Ammann. Der Herr Landammann hat in seiner frühern Eröffnungsrede vor Uebertreibungen gewarnt und aufmerksam gemacht, daß schon viele Republiken und Regierungen durch Uebertreibung zu Grunde gegangen. Auch ich muß diejenige Partei, welche nun einen Sieg errungen hat, vor Uebertreibung warnen, auch sie könnte sonst noch eine rächende Nemesis ereilen, wie sie, wie die Geschichte lehrt, schon viele Staaten und einzelne Individuen ereilt hat, welche sich zu Uebertreibungen haben hinreißen lassen. Noch bis vor kurzer Zeit ist unser schönes, glückliches Vaterland von seinen Nachbarn wegen seines ruhigen, zufriedenen und glücklichen Zustandes beneidet worden; allein es dürfte bald in Fall kommen, nicht mehr beneidet zu werden, sondern daß mit Schadenfreude auf die Wirren desselben von seinen Neidern und Feinden hingeblickt werde; ich muß also dringend für Mäßigung raten. Ich kann in der angegriffenen Erklärung der neun Regierungsräthe nichts Anderes finden, als daß sie sich ausgesprochen, am 1. Februar nicht durch ein „Nein“ zu einem Verfassungsbruche und Aufstellung eines auf diesen gegründeten Verfassungsrathes Hand zu bieten. Da nun aber der Verfassungsrath erkannt und aufgestellt ist, so kann man von der Rechtlichkeit dieser Ehrenmänner auch erwarten, daß sie dem Verfassungsrathe nicht nur keine Hindernisse in Weg legen, sondern alle Handbietetung reichen werden; und dieses haben sie denn bereits auch wirklich gethan, indem sie alle Einleitungen für die Wahlen in den Verfassungsrath, wie in ihrer Pflicht lag, getroffen, und also faktisch an Tag gesetzt haben, daß sie demselben Hand bieten wollen. Im Jahre 1831 ist sogar die aristokratische Regierung neben dem Verfassungsrathe in Funktion geblieben und hat ihre amtlichen Verrichtungen fortgesetzt, ohne daß man sie von ihren Stellen abberufen habe, bis die neue Regierung eingesetzt war, wie viel mehr wird man doch der jetzigen Regierung, die denn doch immerhin aus anerkannt liberalen Männern besteht, Zu-

trauen schenken können, ohne sie vor der Zeit abzurufen? Ich stimme daher mit voller Ueberzeugung zum Minderheitsantrage.

Lohner. Herr Oberrichter Migg hat in ausgezeichnetem Vortrage den Standpunkt bezeichnet, von welchem aus der Große Rath die vorliegende Frage betrachten soll. Meiner Ansicht nach handelt es sich heute nur darum: Soll der Gr. Rath vor dem Tzoge der neun Mitglieder des Regierungsrathes die Segel streichen, oder soll er den in der letzten Großrathsitzung gefaßten Beschluß zur Ausführung bringen? Wenn der Große Rath seine Würde wahren will, so weiß er, was er zu thun hat, und daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen nichts Anderes übrig bleibt, als die neun Mitglieder abzurufen. Man hat Bedenken geäußert in Betreff der Folgen, welche aus einer Abberufung im gegenwärtigen Momente entstehen könnten, namentlich in Betreff der Administration. Ich für meinen Theil aber glaube, daß, wenn auch die neun Regierungsräthe abgerufen werden, dieselben leicht ersetzt werden können; es bleiben übrigens ja noch acht Regierungsräthe übrig, und für die kurze Zeit, welche bis zum Inslebentreten der neuen Verfassung und der neuen Regierung vergehen wird, werden diese die Geschäfte wohl besorgen können; das Volk ist ruhig und nirgends ist Unordnung zu befürchten. Ich stimme zum Mehrheitsantrage.

Ochsenbein, als Berichterstatter. Ich muß vor Allem aus bemerken, daß die Diskussion mit Ruhe und auf eine der Würde dieser hohen Versammlung entsprechende Weise ist gehalten worden. Man hat sich indessen im Ganzen genommen mehr über andere Punkte ausgesprochen, als über das, was wirklich Grundlage der heutigen Beratung ist, und was allein bei dem Entscheide maßgebend sein kann. Von verschiedenen Seiten kam man auf die von den neun Regierungsräthen gegebenen Erklärungen und auf den Anzug der 61 Großräthe zurück. Vielleicht wäre es im Interesse der Beratung gelegen, alles Dieses auf heutigen Tag zu vermeiden und bei der Frage zu bleiben: was soll in Folge des Großrathsbeschlusses vom 20. Hornung geschehen? Da indessen dieses nicht geschehen ist, und man sich über Gegenstände ausgelassen hat, welche, wenn auch der heutigen nicht fremd, dennoch auf den Entscheid keinen unmittelbaren Einfluß ausüben sollen, so sehe ich mich veranlaßt, deshalb einige Gegenbemerkungen hier folgen zu lassen. Von Herrn Lebenskommissär Stettler ist bemerkt worden, es sei ungeschicklich, daß mehrere Mitglieder des Großen Rathes einen und denselben Anzug unterzeichnen. Ich dagegen glaube, daß was einem Mitgliede eingeräumt ist, auch mehreren Mitgliedern auf gleiche Weise eingeräumt sein muß, so gut als es keinem Mitgliede benommen ist, wenn der Anzug zur Behandlung kommt, seine Meinung über dessen Inhalt auszusprechen, denselben anzugreifen oder ihm beizupflichten. Denn welcher wesentlicher Unterschied ist vorhanden zwischen dem Unterzeichnen eines Anzuges und dem spätern Beipflichten zu demselben? Wohl keiner, denn die Hauptsache ist stets die, ob ein Anzug erheblich erklärt werde oder nicht, denn wenn Viele einen Anzug unterzeichnen, welcher nicht erheblich erklärt wird, so hat dieß weniger zu bedeuten, als wenn nur eine einzige Person einen Anzug unterzeichnet, welcher dann erheblich erklärt wird. Das Unterzeichnen eines Anzuges ist daher an sich von keiner Bedeutung, aber von Bedeutung ist es, bei dessen Beratung dazu zu stimmen; und nun sollte das Unterzeichnen eines Anzuges durch mehrere Mitglieder ungeschicklich und unerlaubt sein, während das wichtigere Recht, nämlich dafür oder dagegen zu stimmen, jedem Mitgliede des Großen Rathes gestattet wäre? Das kann wohl nicht ernstlich gemeint sein, und es spricht die Erfahrung und der bisherige Gebrauch dagegen. Ich könnte wohl tausend Beispiele anführen, welche meine Behauptung unterstützen, ich will indessen von den vielen Vorgängen nur einen anführen und weise auf den Anzug in Betreff der Aushebung der Stadthore hin, welcher von achtzig Mitgliedern des Großen Rathes unterzeichnet war. Wäre dieß eine Ungeschicklichkeit, so hätte man sie gewiß schon damals zurückgewiesen; da es aber keine Ungeschicklichkeit ist, so konnte und sollte solches nicht geschehen, und es muß ebenso der jetzt gefallene Vorwurf der Ungeschicklichkeit als grundlos unberücksichtigt bleiben. — Ferners ist von Herrn Stettler die Bemerkung gemacht worden, es seien die

Anzüger die Ankläger, die neun Regierungsräthe die Beklagten, und der Große Rath sei im vorliegenden Falle ein Tribunal, welches über die Begründtheit oder Unbegründtheit einer Anklage zu entscheiden hätte, weshalb nicht bloß die Beklagten, sondern auch die Ankläger, nämlich die Unterzeichner des Anzuges abtreten sollen. Ueber diese Vorfrage hat der Große Rath bereits entschieden und mit Ausnahme einer einzigen Stimme einmüthig erkannt, die Unterzeichner des Anzuges seien nichts anderes, als Anzüger, welche das Wohl des Vaterlandes im Auge hätten, und in ihrer Eigenschaft als Anzüger befugt wären, die Gründe, welche sie zu einem solchen Schritte bewogen, zu entwickeln und an der Abstimmung Theil zu nehmen. Der Große Rath ist beim Entscheide dieser Vorfrage von dem richtigen Gesichtspunkte ausgegangen, und die Ansicht des Herrn Stettler ist eine irrige und unrichtige. Wir sind kein Tribunal, welches über das Vorhandensein eines Vergehens und dessen Bestrafung abzusprechen hat, sondern wir sind die gesetzgebende Behörde der Republik Bern, welcher neben der Legislatur auch administrative Befugnisse zukommen, und von einem dieser letztern machen wir gegenwärtig Gebrauch. Der Antrag der Anzüger und der Kommission geht dahin, einige Mitglieder des Regierungsrathes, welche sich im Widerspruche mit dem förmlich ausgesprochenen Volkswillen befinden, oder welche wenigstens zu Hebung dieser Meinung nicht erklären wollen, daß sie ihre Privatmeinung bei der Ausübung ihrer amtlichen Verrichtungen gegenüber dem Verfassungsrathe nicht geltend machen werden, durch eine administrative Maßregel von ihrer Stelle als Mitglieder des Regierungsrathes abzurufen, und der Große Rath hat heute in Folge seiner administrativen Befugnisse zu entscheiden, ob er deren Abberufung wolle oder nicht. Sie sehen, daß hier von einer richterlichen Funktion, von Anklägern und einem Gerichtshofe keine Rede sein kann, und daß auch diese Einwendung des Herrn Stettler unrichtig ist. Herr Gerichtspräsident Manuel hat geglaubt, die Erklärung der 61 Mitglieder des Gr. Rathes und die darin vorausgesetzte Abneigung der neun Regierungsräthe gegen eine Revision der Verfassung durch einen Verfassungsrath falle dahin, weil seither von den neun Regierungsräthen keinerlei Handlung vorgenommen worden sei, aus der man hätte entnehmen können, daß sie ihre Privatmeinung gegenüber dem vom Volke beschlossenen Verfassungsrathe geltend machen wollen; es sei daher anzunehmen, sie unterziehen sich dem ausgesprochenen Volkswillen und werden denselben keine Hindernisse in Weg legen. Allein ich glaube, auch diese Behauptung ist unrichtig, denn meiner Ansicht nach sind Handlungen und Fakta von Seite dieser neun Regierungsräthe seit dem Beschlusse zu Aufstellung eines Verfassungsrathes vorhanden, aus denen es sich ergibt, daß ungeachtet der 26,000 Stimmen für Revision durch einen Verfassungsrath jene neun Mitglieder des Regierungsrathes an ihrer Erklärung vom 27. Jenner festzuhalten gesinnt sind. So hat Herr Schultzei Neubaus in seiner Erklärung, welche er hier Namens der neun Mitglieder des Regierungsrathes abgegeben hat, sehr bestimmt wiederholt, daß er und die acht übrigen Mitglieder bei der Erklärung vom 27. Jenner verbleiben werden, und es seien ihre Gesinnungen noch immer die nämlichen. Dieß, Zit., ist ein eklatantes Faktum, und wir dürfen, ohne der Würde des Großen Rathes zu vergeben, dasselbe nicht aus den Augen lassen, denn es ist daselbe nichts Anderes als eine Wiederholung der Erklärung vom 27. Jenner, eine Wiederholung und eine authentische Bestätigung, daß diese Herren die Aufstellung eines Verfassungsrathes vor Abänderung des Art. 96 der Verfassung für einen Verfassungsbruch halten, eine Wiederholung der Erklärung, daß sie zu einem Verfassungsbruch niemals Hand bieten werden. Durch dieselbe wird der Verfassungsrath als eine inkonstitutionelle, ja als eine revolutionäre Behörde bezeichnet. Daß diese Gesinnungen der neun Herren noch jetzt die nämlichen sind, geht aber noch schlagender aus dem fernern Faktum hervor, daß sie, ungeachtet der Große Rath durch einen förmlichen Beschluß erklärt hat, er gebe sich mit der von Herrn Altschultzei Neubaus Namens der neun Mitglieder des Regierungsrathes gegebenen Erklärung nicht zufrieden, dieselben bis jetzt ein hartnäckiges Stillschweigen beobachtet haben. Sie wissen, daß der Große Rath und das Volk im Zweifel sind, ob von ihnen ihre Privatmeinung bei ihren amtlichen Verrichtungen

gegenüber dem Verfassungsrathe geltend werde gemacht werden, und dennoch haben sie nichts gethan, um diese Zweifel zu heben. Dieses sind neue Thatsachen, und aus ihnen läßt sich mit Grund eruiren, daß die Neun immer noch die Aufstellung eines Verfassungsrathes für einen Verfassungsbruch halten, und daß sie noch immer nicht dazu Hand bieten können. Der verehrliche Redner hat sich veranlaßt gesehen, die Eingabe der 61 Mitglieder des Großen Rathes zu kritisiren und an derselben ein Vergerniß zu finden. Man kann ein Vergerniß geben, man kann aber auch eines nehmen. Wenn man die Erklärung der 61 Mitglieder des Großen Rathes liest, so wird jeder Unbefangene finden müssen, daß die Form, in welcher sie abgefaßt ist, auch nicht den leisesten Grund zu einem Vergerniß gibt; sie ist in sehr moderaten Ausdrücken abgefaßt, man sagt sogar, man glaube nicht an unlautere Absichten, und wünscht von den neun Herren Regierungsräthen eine einfache beruhigende Erklärung, damit von vorn herein aller etwaige Verdacht, als würden sie zu dem neuen Verfassungswerke nicht Hand bieten, beseitigt werde. In der Form der Eingabe liegt daher kein Vergerniß, vielleicht aber liegt ein solches für den ehrenwerthen Herrn Redner in der Sache selbst. Allein die Sache ist der Art, daß sie konstitutionell ist; es muß den Behörden oder einzelnen Mitgliedern von solchen freistehen, derartige Interpellationen an einzelne Regierungsräthe oder Ministerien zu richten, wenn ihre Handlungsweise mit dem deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes oder der obersten Landesbehörde in Widerspruch steht. Die Ausübung eines solchen konstitutionellen Rechtes soll nun kein Vergerniß veranlassen, und wenn man darin ein Vergerniß findet, so hat man dieses nicht gegeben, sondern genommen. Dieß mag mit der Erklärung der 61 Mitglieder des Großen Rathes der Fall sein. Was den spätern von 56 Mitgliedern des Großen Rathes unterzeichneten Anzug betrifft, so mag es richtig sein, daß in demselben Ausdrücke vorkommen, welche auf Gereiztheit schließen lassen; aber wenn auch solche wirklich vorhanden sind, so liegt die Schuld weniger in Denjenigen, welche den Anzug verfaßt oder unterzeichnet haben, als vielmehr in den neun Mitgliedern des Regierungsrathes, welche, ungeachtet der Interpellation, die längere Zeit auf dem Kanzleischiffe lag, ein hartnäckiges Stillschweigen befolgten und sich nicht zu einer beruhigenden Erklärung verstehen konnten. Was war natürlicher, als daß die Einundsechzig das Stillschweigen der neun Regierungsräthe als einen Ausdruck der Geringschätzung ansahen, und daß in Folge dessen einige Aufregung entstand? Ich habe den Anzug nicht verfaßt; aber dieß mag das Gefühl des Verfassers gewesen sein, als er Ausdrücke einfließen ließ, welche auf eine gereizte Stimmung schließen lassen. Heute handelt es sich aber ganz einfach weder um die eine noch um die andere Erklärung, sondern um den Standpunkt, auf welchen diese Angelegenheit vom Großen Rathe selbst gesetzt worden ist. Wie von mehreren Rednern geäußert worden ist, so hat der Große Rath diese Angelegenheit genehmigt, und es fragt sich, ob er auf heutigen Tag dem bereits gefaßten Beschlusse Geltung verschaffen will oder nicht. Ehe ich jedoch zur Sache selbst übergehe, setze ich mich veranlaßt, auf einige Bemerkungen, welche zwar nicht zur Sache selbst gehören, dennoch aber angebracht worden sind, einige Gegenbemerkungen zu machen. Von Seite des Herrn Gerichtspräsidenten Manuel ist gesagt worden, es sei eine moralische Macht, welche früher oder später immer über solche Handlungen, wie die von der Großrathskommission beantragte, ihr Urtheil fällen werde, und im Verlaufe der Zeit würden dergleichen Vorfälle von einem ganz andern Gesichtspunkte beurtheilt, als im gegenwärtigen Momente. Im Allgemeinen ist dieser Ausdruck des ehrenwerthen Herrn Redners richtig. Die Gegenwart ist nicht geeignet, über die in ihr vorgefallenen Ereignisse ein unparteiisches Urtheil zu fällen, und die Zukunft urtheilt über geschehene Ereignisse und deren Motive öfters ganz anders. Ob jedoch die Geschichte den neun Mitgliedern des Regierungsrathes, wie der Herr Redner hat durchblicken lassen, eine Art Märtyrertum wird zuerkennen, wenn sie nach dem Antrage der Großrathskommission abberufen werden sollten, möchte ich bezweifeln, indem der gegenwärtigen Verwicklung mit wenig Worten von Seite der neun Regierungsräthe und ohne Vergeltung ihrer Würde hätte der Faden abgeschnitten werden können. Es kann Märtyrer geben für eine

Idee religiöser oder politischer Art, aber diese Idee muß so beschaffen sein, daß sie in einem großen Theile der Bevölkerung Anklang findet und Mitgefühl erweckt. Ohne diese Bedingung fällt der Begriff von Märtyrertum von selbst dahin. Es fragt sich: Kämpften die neun Herren Regierungsräthe für eine solche politische oder religiöse Idee? Ich zweifle daran, und glaube vielmehr, sie kämpften für einen politischen Fehler. Ein politischer Fehler wird aber niemals Mitgefühl erwecken, sondern eher schadenfrohes Lächeln über die Einseitigkeit und Kurzsichtigkeit Derjenigen, welche ihn begangen, und so werden sich sowohl die neun Herren als der Herr Redner selbst verrechnen, wenn sie glauben, die Zukunft werde ihnen eine Märtyrerkrone auf das Haupt setzen. Dieß führt mich auf einen andern Punkt, und zwar zu der Aeußerung des Herrn Altschultheißens Neubaues, welche dahin geht, man bäte ihn und die übrigen acht Mitglieder des Regierungsrathes durch die Eingabe der 61 Mitglieder des Großen Rathes, den Anzug der Sechsendsechzig und durch den darauf erfolgten Beschluß des Großen Rathes zu verdächtigen gesucht, indem dadurch ihre Ehre in Zweifel gezogen worden. Dagegen muß ich auf das Feierlichste mich verwahren. Vorerst kann der Große Rath auf keinerlei Weise Personen verdächtigen; jeder Beschluß desselben gründet sich auf Thatsachen und auf rechtliche oder politische Grundsätze oder Ansichten. So hat der Große Rath in der vorliegenden Frage nichts Anderes gethan, als, gestützt auf vorausgegangene Thatsachen, einen Beschluß gefaßt, und es liegt somit in diesem Beschlusse gerade das Gegentheil einer Verdächtigung, denn wenn man erkennt, man begnüge sich mit einer einfachen Erklärung, so liegt in einem solchen Beschlusse eher ein Zutrauen, als ein Mißtrauen oder eine Verdächtigung, und statt daß die Ehrenhaftigkeit der betreffenden Herren durch einen solchen Beschluß in Zweifel gezogen wird, liegt in ihm eine Anerkennung derselben, weil man an diese Ehrenhaftigkeit appellirt. Daß sich der Große Rath mit einer einfachen Erklärung zufrieden geben wollte, ist der schlagendste Beweis, daß die Ehrenhaftigkeit der neun Herren Regierungsräthe nicht in Zweifel gezogen worden sei. Aber gesetzt auch, es läge darin eine Verdächtigung, und es sei die Ehrenhaftigkeit in Zweifel gezogen worden, so wird man zugeben müssen, daß die hohe Versammlung, oder doch wenigstens ein großer Theil derselben triftige Gründe hatte, in ihrem Zutrauen nicht allzuweit zu gehen, sondern Verdacht zu haben. Es ist bekannt, und weil es bekannt ist, so mache ich mir kein Bedenken, es hier zu wiederholen, daß Handlungen stattgefunden haben, welche nicht ganz lauter sind, und welche einiges Mißtrauen rechtfertigen. Dahin zähle ich die Handlungsweise des Sprechers der neun Mitglieder des Regierungsrathes, in Folge welcher er mit Umgehung des regierenden Schultheißens die bekannte Ergebenheitsadresse eines Theiles der Einwohnerschaft von Bern abnahm; dahin zähle ich ferner den in der Mitte des Großen Rathes gestellten Antrag des nämlichen Sprechers, es solle der Regierungsrath und Große Rath in corpore abtreten; es ist dieß eine revolutionäre Maßregel, welche zwar wenig Anklang gefunden hat, dennoch aber dazu dient, sich vor allzu großem Zutrauen zu hüten, indem aus derselben hervorgeht, daß man es mit der Legalität, welche man stets im Munde führt, nicht sehr genau nimmt. Der nämliche Sprecher hat ferner bei gegebenem Anlasse von einem Großen Rathe gesprochen, welcher nicht hier sei; er scheint damals von dem nämlichen Grundsätze ausgegangen zu sein, wie bei der Annahme der Ergebenheitsadresse, daß es einen eigentlichen und uneigentlichen Schultheißens, einen Regierungsrath des Herrn Schultheißens von Zavel und einen solchen des Herrn Altschultheißens Neubaues, oder mit andern Worten legale und revolutionäre Behörden gebe. Es giebt noch mehr Fakta, welche gerechte Zweifel erwecken und die vorgefallene Interpellation mehr als hinlänglich rechtfertigen. Der §. 10 des Gesetzes vom 6. Juli 1831 schreibt den Eid vor, welchen die Mitglieder des Großen Rathes zu schwören haben, in welchem es unter Anderm heißt: „Sie schwören unter Anderm ferner — weder Geschenke noch Versprechen anzunehmen, noch durch die Andern annehmen zu lassen, noch auch durch solche auf Andere zu wirken u. s. w.“ Der Regierungsrath schwört ungefähr den nämlichen Eid, und Herr Altschultheiß Neubaues hat beide Eide geschworen, und doch ist von ihm ein Faktum

notorisch, — von andern will ich nicht reden, — welches dem geschwornen Eide stricke entgegensteht. Es hat nämlich Herr Neuhaus von Seite der Stadt Aarau das Bürgerrecht als Geschenk erhalten, und dieß als Folge seiner Verhandlungen als Schultheiß der Republik Bern bei den Klosterangelegenheiten. Zu diesem Faktum kommt aber noch ein anderes, und ich stehe um so weniger an, dasselbe hier anzuführen, als dasselbe in öffentlichen Blättern besprochen worden ist. Es sollen nämlich in letzter Zeit Magistraten des Standes Aargau hier gewesen sein und bei diesem Anlaß Herrn Altschultheissen Neuhaus ein Geschenk von Silbergeschirr von Fr. 2400 an Werth überbracht haben; ja man sagt sogar, es bestehe dasselbe aus solchem Silbergeschirr, welches sich in den aufgehobenen Klöstern vorgefunden habe und hier bei Herrn Rehsfus umgegossen worden sei. Ich will es der hohen Versammlung überlassen, die Schlüsse daraus zu ziehen und zu beurtheilen, ob die Zweifel, welche man hegt, begründet seien, oder nicht. Ja noch mehr, es sind gewisse ostensible Akten und Verhandlungen, welche mit andern nicht ostensiblen Akten und Verhandlungen der nämlichen Herren diametral im Widerspruch stehen. Diese Akten sind mir sehr genau bekannt, und die Geschichte wird seiner Zeit über dieselben auch ein Wort reden; wenn daher Zweifel in Betreff einiger dieser Herren obwalten, so darf ich dieselben um so eher haben, als mir die Akten, welche solche begründen, bekannt sind. Ich komme auf eine Aeußerung zurück des Herrn Regierungsraths von Tällier. Vor allem aus muß ich bekennen, daß Herr von Tällier sich auf eine Weise ausgesprochen hat, welche ihm zu großer Ehre gereicht; er hat gesucht, den Zwist, welcher zwischen dem Großen Rathe und der Mehrheit der vollziehenden Behörde eingetreten ist, durch ein veröhnendes Wort zu heben. So sehr ich nun diese Bemühung anerkenne, und so sehr er gewisse Gefühle ausgesprochen hat, welche ich von ganzem Herzen theile, nämlich Gefühle der Mäßigung und Veröhnung, so muß ich dennoch bekennen, daß ich durch solche Gefühle mich nicht veranlaßt finden kann, dem von ihm gestellten Antrage beizupflichten, weil mir derselbe nicht im Interesse des Vaterlandes zu liegen scheint, und die Uebelstände, welche er befürchtet, meinem Dafürhalten nach eher vergrößert als verringert werden. Herr von Tällier hat hingewiesen auf die bedenklichen Folgen, welche einer Desorganisation der vollziehenden Behörden nach sich ziehen würden; er hat hingewiesen auf den gegenwärtigen aufgeregten Zustand einzelner Kantone der Schweiz, auf die Aufregung einzelner Länder Europas, auf die Möglichkeit, daß eine festorganisirte Regierungsgewalt unter solchen Umständen um so notwendiger sei, ja daß es vielleicht dazu kommen könne, Truppen aufzustellen, um unsren Rechten und unsrer Stellung gebührende Anerkennung zu verschaffen. Diese von Herrn von Tällier ausgesprochenen Ansichten über unsre Lage theile ich vollkommen, so weit sie Thatsachen betrifft, allein ich bin mit ihm nicht einig bezüglich der Folgerungen, welche er gezogen hat. Gerade die Aufregung und die beunruhigenden Erscheinungen in einem Theile unseres schweizerischen Vaterlandes und des Auslandes, ja der Zustand unseres Kantons selbst, erfordert etwas ganz anderes, als was Herr Regierungsrath von Tällier beantragt hat. Ich zweifle, daß bei den gegenwärtigen politischen Verwicklungen die vollziehende Gewalt diejenige Kraft und dasjenige Zutrauen genießen würde, welche erforderlich wäre, um den in Aussicht stehenden Ereignissen die Stirne zu bieten, denn es läßt sich nicht voraussehen, daß Beschlüsse, zu denen die neun Mitglieder des Regierungsrathes mitbelsen, sich die nöthige Achtung verschaffen und pünktlich vollzogen werden könnten; eine Regierung ist nur dann stark, wenn sie Zutrauen genießt, nicht aber, wenn dieses nicht vorhanden ist. Wenn also die Mehrheit unserer Regierung Zutrauen hat, so dürfen und sollen wir nicht desorganisiren; hat sie aber das Zutrauen nicht, so sollen wir eine Regierung schaffen, welche das verlorene Zutrauen wieder erhält. Die gegenwärtige Regierung besitzt nun das Zutrauen des Volkes nicht, und daß dieser Ausspruch die reine Wahrheit enthält, dafür zeugen die 26,000 Nein und die seitherigen Beschlüsse des Großen Rathes. Es ist notwendig unter den gegenwärtigen Zeitumständen, welche von Herrn von Tällier so richtig bezeichnet worden sind, die von allem Zutrauen entblößte und daher schwache Behörde zu stärken, und deshalb müssen diejenigen Elemente, welche an

dem verlorenen Zutrauen die Schuld tragen, entfernt und durch solche Elemente ersetzt werden, welche geeignet sind, wieder Zutrauen in die Behörde zu bringen und mit dem Volkswillen zu sympathisiren. Es ist eine politische Nothwendigkeit, die neun Regierungsräthe zu entfernen. Man hat gesagt, durch eine solche Maßregel würden mehrere Departemente, namentlich das Militärdepartement und Baudepartement, vollständig desorganisirt, und die Folge davon wird die sein, daß in vorkommenden Fällen kein Militär in Bewegung gebracht werden könnte, und die in Arbeit begriffenen Straßenbauten eingestellt werden müßten. Allein auch dieses ist unrichtig, denn vorerst haben wir einen Mann an der Spitze unseres Militärwesens, welcher, so viel ich weiß, durchaus geeignet ist, jede erforderliche Anzahl von Truppen in Bewegung zu setzen, und welcher die Geschäfte des Militärdepartements wesentlich in seinen Händen hat. Es ist dieß Herr Oberstmilizinspektor Zimmerli; wenn daher auch die drei Herren Regierungsräthe, welche gegenwärtig im Militärdepartement sitzen, aus demselben entfernt würden, so würde im Militärwesen dennoch kein Stocken eintreten, und da sie nicht die einzigen Militärs im Kanton sind, so wäre deren Ersetzung keine so schwere Sache, und es würde ein einfacher Personenwechsel eintreten, ohne besondern Nachtheil für das Militärwesen. Wenn Truppen in Bewegung gesetzt werden, wenn z. B. die 40,000 Bajonete in's Feld rücken sollen, so hat das Militärdepartement dabei nicht viel mehr zu thun, als den Befehl zu erteilen, die bereitgehaltenen Aufgebote zu versenden, und dazu braucht es nicht sonderliche Kenntniß. Größer würde die Schwierigkeit, wenn die Seele unseres Militärwesens, nämlich Herr Oberst Zimmerli, dadurch entfernt würde, was aber nicht der Fall ist. Was das Baudepartement anbelangt, so kann die momentane Entfernung einiger Mitglieder desselben nicht die Folge haben, daß alle Arbeiten mit einem Male eingestellt werden, denn nicht die Mitglieder sind es, unter deren unmittelbaren Aufsicht die Bauten zur Ausführung kommen, sondern es stehen die letztern unter der unmittelbaren Aufsicht der ordentlichen und außerordentlichen Ingenieure. Würde man die Ingenieure augenblicklich entfernen, so wäre es wahrscheinlicher, daß Stockungen in den Arbeiten eintreten könnten, da aber die Mitglieder des Baudepartements keine Ingenieure sind; und überhaupt von der ganzen Sache wenig verstehen, so hat eine Entfernung Einzelner derselben gewiß keine Inkonveniente. Ich komme noch einmal auf die Erklärung der neun Mitglieder des Regierungsrathes zurück. Es ist dieselbe von sehr verschiedenen Gesichtspunkten envisagirt worden, und Herr Regierungsrath von Tällier hat das Wichtigste davon bereits bemerkt. Vom Standpunkt der neun Mitglieder des Regierungsrathes aus ist die fragliche Erklärung eine sehr unkluge Handlung, und wenn man sie mit scharfem Worte taxiren will, so könnte man auf dieselbe den Ausspruch eines großen Diplomaten, nämlich des Fürsten v. Bénévent, anwenden, welcher bei gegebenem Anlasse bemerkte: „C'est plus qu'un crime politique c'est une bêtise.“ Ich will zwar die Handlungsweise der neun Mitglieder des Regierungsrathes nicht eine bêtise nennen, aber, daß sie ein großer politischer Fehler ist, darüber sind die Männer aller Farben einverstanden; entweder hätten dieselben, nachdem das Volk mit 26,000 Nein die Beschlüsse des Großen Rathes entgegen ihrer Erklärung verworfen, und nachdem von Seiten des Großen Rathes ein Verfassungsrath beschlossen worden war, freiwillig abtreten, oder wenn sie dieß nicht thun wollten, so hätten sie doch wenigstens dasjenige thun sollen, was man ihnen öffentlich und privatim angerathen hat, nämlich die Ausstellung einer beruhigenden Erklärung, in welcher die Versicherung enthalten gewesen wäre, daß sie ihre persönliche Meinung dem Willen des Volkes und dem Willen des Großen Rathes unterordnen wollen; wir behalten zwar unsere persönliche Ansicht, aber „wir werden sie nicht geltend machen bei unsern amtlichen Verrichtungen“; statt dessen, was ist geschehen? Gar nichts, sie hatten weder den Muth abzutreten, noch den Muth eine befriedigende Erklärung zu geben; statt dessen beobachteten sie ein sofortiges Stillschweigen, und als endlich der Große Rath selbst sich in das Mittel legte, nahm man seine Zuflucht zu Impertinenz. Der Sprecher, welcher Namens der neun Mitglieder das Wort ergriff, hat dem Großen Rathe die impertinentesten Sachen in das Gesicht geworfen, man muß sich zwar darüber

nicht so sehr verwundern, denn sie sind die Folge der Verstrickungen und Verblendungen, in welche man theils aus eigener Schuld, durch Mißachtung der Volksstimme, theils in Folge übeler Rathgeber gerathen ist. Der Sprecher der Neun hat sich auch auf das Urtheil der Geschichte berufen. In welchem Sinne er dieses that, — ob bezüglich auf die Handlungsweise der Regierung seit 1831, oder bezüglich auf ihr, der Neun, Verhalten, Thun und Lassen, ist nicht genau bekannt. In ersterer Hinsicht dürfte eben die Geschichte ihr Urtheil in dem Ausspruche eines alttestamentarischen Weisen zusammenfassen: „Alles unser Thun war Stückwerk“, oder kann sich etwa die Regierung auf bedeutende gesetzgeberische Arbeiten, Organisationen u. s. w. berufen? wo ist das Prinzip, welches sie bei ihren Einrichtungen und Arbeiten geleitet hat, und welches geeignet wäre, die einzelnen kleinern Arbeiten als Theile eines übereinstimmenden Ganzen zu erkennen? Und die politischen Ereignisse, sind diese etwa vorausgesehen und durch die Regierung geleitet worden, oder muß man nicht vielmehr eingestehen, daß die Regierung durch die Ereignisse fortgerissen, getragen, geschaukelt und hin und her geworfen worden ist? Was ist im Bauwesen geschehen? Vieles, nur nicht das, was das Nothwendigste gewesen wäre; oder wo sind die großen Heerstraßen, welche das Land durchziehen sollten? sind sie in einem Zustande, welcher den heutigen Anforderungen des Verkehrs entspricht? was ist geschehen für die Eisenbahnen? was ist geschehen für die Austrocknung der Mäosser und für die Kanalisierung der Gewässer? In allen diesen Beziehungen ist wenig oder nichts geschehen, das Urtheil ist zwar hart, aber es ist nicht unrichtig. Und, frage ich, welches ist das Urtheil, welches die Geschichte fällen wird über die neun Mitglieder? Man wird sagen, sie haben in Gottes Namen einen politischen Fehler begangen, daran festgehalten und sich selbst aus der Mitte des Regierungsrathes und des Großen Rathes ausgestoßen — sie fielen so groß, wie sie regierten. Alles dieß, Zit., sind Bemerkungen, welche eigentlich nicht zur Sache gehören, welche aber durch Aeußerungen des Sprechers, Herrn Schultheiß Neuhaus und anderer Mitglieder hervorgerufen worden ist. Heute fragt es sich einfach, ob der Große Rath gegenüber den neun Mitgliedern einem Beschlusse Geltung verschaffen kann, welchen er unlängst gefaßt hat, und welcher dahin gienge, daß der Große Rath sich mit der von ihnen gegebenen Erklärung nicht zufrieden gebe, sondern eine andere gewärtige. Dieser Beschluß ist von der zu diesem Ende niedergelegten Großrathskommission den neun Herren Regierungsräthen mitgetheilt, und es sind dieselben angefragt worden, ob sie sich auf eine befriedigende Weise zu erklären geynt seien. Die Antwort, welche erfolgte, haben Sie, Zit., heute ablesen hören, und aus ihr geht hervor, daß sie nicht entsprechen wollen. Was soll nun geschehen, und welches ist die Konsequenz dieser Handlungsweise? Diese ist die, entweder muß der Große Rath den bereits gefaßten Beschluß zurücknehmen und erklären, daß er sich den neun Regierungsräthen gegenüber zu unmächtig fühle, um das Dekret zur Ausführung zu bringen, oder der Große Rath nimmt das Dekret nicht zurück, sondern sagt zu den neun Regierungsräthen; wir haben eine befriedigende Erklärung verlangt, aber ihr habt nicht für gut gefunden, sie zu geben, daher fort mit euch, wir entlassen euch. Es hängt von Ihnen, Zit., ab, das Eine oder Andere zu thun, Sie können die Sache liegen lassen, wie sie ist, und den frühern Beschluß zurücknehmen, entgegen dem deutlich ausgesprochenen Volkswillen, oder Sie können sagen: „da ihr, neun Regierungsräthe, unsern Befehlen euch nicht fügen wollt, und dem deutlich ausgesprochenen Willen des Volkes die Stirne bietet, so liegt es im Interesse des öffentlichen Wohles, im Interesse der Ruhe und Ordnung, daß ihr abtretet, indem es in so schwierigen Zeiten eine Nothwendigkeit ist, daß die vollziehende Behörde das Zutrauen der obersten Landesbehörde und des Volkes habe; ihr habt es gehabt, aber dasselbe verherzt.“ Daß das Volk also denkt, ergiebt sich aus den bereits eingelangten vier Vorstellungen, von denen drei auf Abberufung antragen, während die eine, von der kleinsten Gemeinde des Kantons, nämlich von Buderich (Pery) ausgehend, auf Nicht-Abberufung schließt. Würde die Abberufungsfrage dem Volke zum Entscheide vorgelegt werden, ich bin überzeugt, daß sich 26,000 und mehr Stimmen dafür und vielleicht kaum 11,000

gegen die Abberufung aussprächen. Ich weiß übrigens, daß viele Vorstellungen aus verschiedenen Landesgegenden bereits abgefaßt sind, welche sämmtlich auf Abberufung dringen. Das Volk fühlt, daß eine solche Maßregel eine politische Nothwendigkeit ist, denn unklug ist es im gegenwärtigen Momente, die Mehrheit der vollziehenden Behörde aus Mitgliedern zusammenzusetzen zu wissen, welche sich wenig um den Volkswillen zu kümmern scheinen, und daher auch das Zutrauen verloren haben. Wie soll eine Behörde, welche das Zutrauen verloren hat, in schwierigen Momenten sich Ansehen verschaffen? wie soll es ihr gelingen, kräftig und entschieden aufzutreten? folgt nicht jeder einzelnen Verordnung derselben das Mißtrauen auf dem Fuße nach, und wird nicht so jede ihrer Handlungen, mag sie auch noch so gut gemeint sein, von der nachtheiligen Seite aufgefaßt und deren Wirkung paralysirt? Dieß, Zit., sind die Gründe, welche die Majorität der Kommission bewogen haben, den Antrag auf Abberufung zu stellen, und ich schließe Namens derselben dahin, daß das von der Majorität vorgeschlagene Dekret zum Beschlusse erhoben werde. Was den Antrag der Minorität betrifft, so ist derselbe von ihrem Vertreter, Herrn Regierungsrath Tillier, auf eine gründliche Weise verfochten worden, so daß ich es nicht für nothwendig halte, hier dasjenige zu wiederholen, was bereits mit so vieler Geschicklichkeit angebracht worden ist. Was den Antrag des Herrn Steiner betrifft, welcher auf Verschiebung der ganzen Angelegenheit geht, bis von Seite der neun Mitglieder des Regierungsrathes neue Fakta bekannt würden, daß sie dem Verfassungskomitee hindernd in Weg treten wollen, so habe ich im Verlaufe des Schlussrapportes erzeigt, daß solche Fakta bereits vorhanden sind, und es daher unklug wäre, noch länger zuzuwarten. Es scheint mir übrigens nicht in der Würde, weder des Großen Rathes noch des Regierungsrathes, zu liegen, daß der Erstere mit aufgehobener Ruthe, wie es bei Eltern gegenüber Kindern der Fall ist, dem Regierungsrathe gegenüber da stehe und sage: wenn ihr nicht folget, so bekümmert ihr sie; es liegt ein solcher Beschluß auch nicht im Interesse eines ruhigen und festen Geschäftsganges; das öffentliche Wohl erfordert, daß jeder ungewisse Zustand auf eint oder andere Weise beseitigt werde, und statt dieß zu thun, hätte der Antrag des Herrn Steiner gerade die entgegengesetzte Folge. Dieß, Zit., sind die Gründe des vorliegenden Antrages, Sie werden entscheiden, ob Sie dieselben zu Rechtfertigung des gestellten Antrages hinlänglich finden. Ich empfehle den Antrag der Großrathskommission zur Annahme.

Herr Landammann, um seine Meinung befragt. Ich war schon sehr leidend, als ich die Sitzung eröffnete, allein nach den Verhandlungen, die soeben zu Ende geben, ist mir noch viel schlimmer. Da man jedoch von verschiedenen Seiten meine Meinung zu hören verlangt, so werde ich dieselbe in wenigen Worten aussprechen. Gestatten Sie mir vorerst, mein Bedauern auszusprechen, nämlich darüber, daß ein Redner geglaubt hat, eine Thatfache anführen zu sollen, welche wegen der ihr inwohnenden Natur, und da sie, wie er sagte, wenigstens zum Theil auf Voraussetzungen und Zeitungsnachrichten beruht, der heutigen Verhandlung hätte ferne bleiben sollen. Welche Meinung man auch über die Politik des Herrn Altschultheiß Neuhaus hegen mag, so muß doch der Charakter, den er während seiner öffentlichen Laufbahn an den Tag gelegt hat, ihn vor ähnlichen Zumuthungen schützen. Im Schooße dieser Versammlung habe ich öfter die Art und Weise bedauert, wie man in unserm Kantone die mit den höchsten Würden bekleideten Bürger behandelt, wenn ihre Handlungsweise mit der vorherrschenden Meinung nicht mehr völlig übereinstimmt; dieselben in der öffentlichen Achtung herabsetzen, ist in meinen Augen so viel, als den Staat herabsetzen, der sie gewählt und an die Spitze gestellt hat. Zit., Meine Meinung ist die nämliche, die mit so vieler Beredsamkeit durch Herrn Regierungsrath Tillier entwickelt worden ist. Die von diesem ehrenhaften Magistraten in dieser unglücklichen Angelegenheit eingenommene Stellung ist edel und schön. Ich hege die Ueberzeugung, daß das Land demselben Dank dafür wissen wird, besonders wenn sich einmal die Leidenschaften gelegt haben. Die von der Mehrheit der Kommission angetragene Maßregel

ist in meinen Augen mit Rücksicht auf das, was sie nach sich ziehen könnten, eine höchstfolgenschwere. Man hat sich auf die Geschichte berufen; dieselbe bezeugt, daß die Nachwelt sehr selten die Entschlüsse einer Versammlung gutgeheißen hat, wenn der Erfolg derselben war, eine Behörde gewissermaßen zu dezimiren. Nach meiner Ansicht hätte eine Abberufung in massa, vor den letzten Vorfällen und im Augenblicke, wo die Mißgriffe der Staatsverwaltung, von denen man eben jetzt gesprochen hat, an's Tageslicht gezogen würden, — weniger Gefahren nach sich gezogen, und ich hätte mich mit weniger Besorgniß derselben anschließen können. So sehr als irgend Jemand bedaure ich die Erklärung der neun Regierungsräthe; ich betrachte dieselbe als einen politischen Fehler. Allein, Zit., ist dieser Fehler von solchem Gewichte, um eine Maßregel wie diejenige, die man Ihnen vorschlägt, zu rechtfertigen?

Herr Landammann giebt der Versammlung Kenntniß von einer so eben eingelangten Vorstellung von 303 stimmfähigen Bürgern von Schüpfen, Rapperswil, Großaffoltern und Maikirch vom 2. März, dahin gehend: „Der Große Rath möchte die betreffenden neun Mitglieder des Regierungsraths abberufen, im Falle diese keine weitere genügende Erklärung abgeben würden.“

Kohler, gewesener Regierungstatthalter, verlangt, daß, bevor nun zur Abstimmung geschritten werde, die Verwandten der Betheiligten den Austritt nehmen.

Schwab bemerkt, er habe den Herrn Berichterstatter bereits darauf aufmerksam gemacht und ihn gefragt, ob er im Falle des Austrittes sei; derselbe habe geantwortet: Nein.

Ochsenbein, Berichterstatter, bestätigt dieses; Herr Altschultzei Neubaus und Herr Regierungstatthalter Schwab haben zwei Schwestern geheirathet, also seien sie nicht verwägert im Sinne des Gesetzes.

Kohler, gewesener Regierungstatthalter, erklärt, sein Antrag beziehe sich überhaupt auf diejenigen, welche mit dem Einen oder Andern der neun Regierungsräthe im gesetzlichen Grade verwandt seien.

Herr Landammann ermahnt auf den Fall, daß solche Mitglieder anwesend sein sollten, dieselben zum Austritte.

Blösch, Altlandammann, und Stettler verlangen, daß, wenn der Minoritätsantrag zur Abstimmung komme, dann über die Motive besonders abgestimmt werde.

Herr Staatschreiber liest den Minoritätsantrag noch einmal ab, um zu zeigen, daß keine Motive darin angegeben seien.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|--|---------------|
| 1) Auf irgend eine Weise in den Gegenstand einzutreten | 151 Stimmen. |
| Dagegen | 23 „ |
| 2) Sofort einzutreten | Gr. Mehrheit. |
| Zu verschieben | 17 Stimmen. |
| 3) Für den Mehrheitsantrag der Kommission | 80 „ |
| Für den Minderheitsantrag | 96 „ |

Herr Landammann. Somit, Zit., wäre dieses Geschäft erledigt; ich will jetzt fragen, ob die Versammlung noch andere Geschäfte behandeln will; namentlich liegt hier noch ein Anzug über Ertheilung einer Amnestie vor, welche am 19. Februar verlesen wurde.

Mign, Oberrichter, trägt darauf an, daß dieser Anzug noch behandelt werde.

A b s t i m m u n g.

- | | |
|--|-------------|
| Diesen Anzug noch zu behandeln | 68 Stimmen. |
| Dagegen | 80 „ |

Die Genehmigung des Protokolls der heutigen Sitzung wird durch's Handmehr dem Herrn Landammann und dem Herrn Schultzeißen übertragen.

Herr Landammann. Hiermit, Zit., erkläre ich die außerordentliche Sitzung des Großen Rathes als geschlossen.

(Schluß der Sitzung nach 3 Uhr.)